

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 37. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 12 2002

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Weihnachten 2002 – Friedensfeier



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Blickt man jetzt – Anfang Dezember – in die Runde, deutet nichts darauf hin, dass die Welt am 24. Dezember 2002 irdischen Frieden feiern könnte. In Afghanistan bekämpfen sich weiter lokale Kriegsherren, in Afrika wüten in verschiedenen Staaten Bürgerkriege und in den USA gibt es einen Präsidenten, dessen mittelfristiges Ziel ein Feldzug gegen den Irak ist. Bomben von Terroristen zerreißen unschuldige Opfer und Spezialtruppen liquidieren «Terroristen». Weil es aber eine geistige Dimension gibt, ist Friede möglich – im Herzen.

Im 3. Jahrhundert vor Christus zog Hannibal, der berühmte karthagische Feldherr mit seinem Heer über Spanien und über die Alpen nach Italien. Im fielen Stadt um Stadt und Provinz um Provinz in einem unwiderstehlichen Siegeslauf in die Hände. Von den Mauern Roms aus war bereits die nächtliche Brandröte am Himmel zu sehen, die Hannibals Vormarsch anzeigte. Da ertönte der Schreckensruf «Hannibal ante portas! –

Hannibal vor den Toren!» durch die Strassen der Stadt. Die Römer wussten, was das zu bedeuten hatte: Belagerung, Hunger, Tod und lebenslange Sklaverei. Mit der Landung eines römischen Heeres in Nordafrika, wurde die Belagerung aufgegeben und Hannibal musste abziehen ohne Rom erobert zu haben.

Christus «ante portas»

Wenn Weihnachten in Sicht kommt, darf verkündet werden: «Christus ante portas» – Christus vor der». Das ist kein Schreckensruf, sondern ein erlösendes Wort. Während der Vorweihnachtszeit mit ihrem Einkaufsrausch wird die Botschaft von der Geburt Jesu und seiner Friedensmission leider meist übertönt. Frau und Mann sind mit sich selber beschäftigt, und für viele ist Weihnachten das Fest der un erfüllten Sehnsüchte.

Ein Unbekannter hat diese innere Wirklichkeit folgendermassen beschrieben:

*Die Stube warm,
aber im Herzen kalt.
Der Kühlschrank prallvoll,
aber die Seele leer.
Der Magen überladen,
aber die Seele hungrig.
Die Kerzen brennen,
aber im Herzen kein Licht.
Der Mund lacht,
aber das Herz ist traurig.
Parties und Gäste, doch
einsam und nirgends zuhause.*

Es ist merkwürdig, dass ausgerechnet in der Adventszeit und über Weihnacht, Silvester und Neujahr viele Menschen in Depressionen verfallen. Sicher könnte Pfarrer Sieber eindrücklich über seine diesbezüglichen Erfahrungen mit Einsamen und Verzweifelten berichten. Dass die weltliche Presse diese Stimmung bei Leserinnen und Lesern noch anheizt, mag das Folgende belegen:

Schöne Festtage und ein gutes neues Jahr!

Im Namen der SD-Parteileitung wünschen wir allen ruhige und besinnliche Festtage. Wir danken für Ihr Interesse an unserer Partei und freuen uns, auch weiterhin auf Ihre Unterstützung in unserem Kampf für Volk und Heimat zählen zu dürfen.

Asylinitiative: Chance verpasst

Wir Schweizer Demokraten sind über das äusserst knappe Scheitern der Asylinitiative enttäuscht. Einmal mehr wurde eine Gelegenheit verpasst, die Missbräuche im Asylwesen konsequent zu bekämpfen. Noch einmal wird sich das Volk jedoch nicht mehr hinhalten lassen. Die SD werden den Bundesrat und die anderen Parteien jetzt genau beobachten und an ihren zahlreichen Versprechungen messen.

Das äusserst knappe Resultat zeigt, wie gross der Unmut im Volk ist. Seit Jahrzehnten hat nie mehr eine Volksinitiative, die sowohl von der Landesregierung als auch von den Medien massiv bekämpft wurde, ein so gutes Resultat gemacht. Dass trotz massivsten Warnungen, ja Drohungen, seitens der Initiativgegner in Politik und Medien die Asylinitiative über 49.9% der Stimmen gemacht hat, sollte für den Bundesrat und die anderen Parteien eine deutliche Warnung und ein klares Signal sein, dass sie nun die absolut letzte Gelegenheit erhalten, im Asylwesen endlich wirkungsvolle Massnahmen einzuführen.

Das äusserst knappe Scheitern der (nicht in jedem Punkt optimalen) Asylinitiative motiviert uns Schweizer Demokraten, weiterhin mit ganzer Kraft gegen die Überfremdung und den Asylrechtsmissbrauch zu kämpfen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen frohe Festtage und ein glückliches und erfolgreiches neues Jahr.

Ihre SD-Parteileitung

Fällt die Weihnacht ins Wasser?

Unter diesem Titel berichtete eine Boulevardzeitung Anfang November über die miserable Kauf-Stimmung der Konsumenten. Die befragten Geschäftsleute klagten über den sich abzeichnenden Absatzrückgang.

Mit dem Hinweis auf das bekannte Weihnachtslied «Schöner die Glocken nie klingen...» schrieb der Journalist, Detailhandel und Geschenk-Verkauf befürchteten, dass «ihre Kassen nur zaghaft klingen würden». Wegen schlechter Kauflaune und fehlenden Bonus-Bezügen aus Kader- und Chef-Etagen sei bei den Luxusgütern mit einem Rückgang bis zu 15 Prozent zu rechnen. Zudem habe die unsichere Wirtschaftslage und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit zur Folge, dass die Leute statt zu kaufen ihr Geld auf die Bank

brächten. Dabei sollten die Warenhäuser gut 30 Prozent ihres Jahresumsatzes in den Monaten

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Rassenkrawalle erschüttern Grossbritannien
- 3 Die Armee reform ist bildungs- und jugendfeindlich
- 4 Massive Freiheits-Beschränkung
- 5 Die Schweiz uns Schweizern
- 7 Wahlen Basel-Land 2003
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Der Leser hat das Wort

Weihnachten 2002 – Friedensfeier?

Fortsetzung von Seite 1

November und Dezember erwirtschaften!

Wenn Menschen nur solch defätistische Botschaften lesen und in den elektronischen Medien vernennen, ist es nicht erstaunlich, wenn sich Niedergeschlagenheit breit macht. Es muss doch etwas geben, das dieser negativen Sicht der Dinge entgegen wirkt?

Weihnacht – Erinnerungsfeier der Geburt Jesu

Die Adventszeit bietet besondere Gelegenheiten, Ruhe zu suchen und zu finden. Warum nicht den Staub von der Hochzeitsbibel blasen und sich in die ersten zwei Kapitel des Evangeliums nach Lukas vertiefen? Vielleicht regt dieser Einstieg sogar zum Weiterlesen an. Eines ist sicher: Von diesem Text geht etwas Beruhigendes, etwas Tröstliches aus. Losgelöst von der materialistischen Denkweise gewährt die Geschichte von der Geburt Jesu, seinem Leben, seinem Sterben, seiner Auferstehung und seiner Wiederkunft Einblick in eine geistige Welt, die dem Menschen Hoffnung und Zuversicht anbietet. Auf dieser Ebene «fällt die Weihnacht nicht ins Wasser», sondern kann zur Quelle inneren Friedens werden!

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden

Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal

Rassenkrawalle erschüttern Grossbritannien

Multiethnisches Pulverfass im alten Industrie-Revier

SD. Sind die eskalierenden Rassenkonflikte im nordenglischen Oldham nordwestlich von Manchester Resultat einer tickenden Zeitbombe, weil das alte Industrie-Revier zum multikulturellen «Schmelztiegel» geworden ist? Britische Zeitungen wie «Independent», «Guardian» oder «Daily Telegraph» führen die Probleme, an denen sich immer wieder schwerste Ausschreitungen wie die in Oldham entzündeten, jedenfalls insbesondere auf kulturelle Entfremdung von Einwanderern zurück, weil diese dem Milieu der heimischen Kultur (karibisch, pakistanisch, bangladeschi, indisch oder afrikanisch) entwachsen seien und keine «britische Identität» entwickelten.

Eher im Abseits steht die «Times» mit ihrer Deutung der ethnischen Konflikte, die auch aus anderen Städten wie Aylesbury in Buckinghamshire gemeldet wurden. «Die Unruhen in Oldham besagen mitnichten, dass Grossbritannien ein Pulverfass des Rassismus ist. Die Beziehungen unter den verschiedenen Rassen müsse man vielmehr als «weitgehend gut» bezeichnen, ausgeruhter als andernorts in der EU.»

Ein Hexenkessel

Doch Bandenbildung und deren Hass-Praxis vermitteln ein anderes Bild. Nicht nur am letzten Wochenende im Mai herrschte im Industrie-Revier bei Manchester der Ausnahmezustand durch Rassenkrawalle. Rund 500 asiatische Jugendliche, zumeist Kinder von Einwanderern aus Bangladesch, verwandelten allein in der Nacht zum 27. Mai das Wohnquartier Glodwick in einen Hexenkessel. Sie lieferten sich über sieben Stunden lang Strassenschlachten mit der Polizei, schleuderten Brandbomben, Steine und Feuerwerkskörper auf hilflos wirkende Beamte. Sogar Schüsse fielen. Dutzende Polizisten wurden zum Teil schwer verletzt. Und im Feuer geworfener Molotow-Cocktails brannten etliche Autos aus. Der Schock nach den Chaosnächten von Oldham sitzt tief. «Wir haben so was noch nie gesehen. Das schiere Ausmass der Wut und Gewalt hat uns überrascht», erklärte ein Polizeisprecher.

Wirkungslose Warnungen

Von den 220'000 Bewohnern der Stadt im Industriegürtel zwischen Leeds, Manchester und Liverpool stammen über 26000 aus Bangladesch und Pakistan. In den tristen Sozialwohnungen des Viertels



«Leben und leben» – diese Parole auf einer Kneipe der Stadt Oldham bei Manchester klingt erfreulicher als die rauhe Wirklichkeit bei den Auseinandersetzungen verschiedener Völker, die nicht zusammenleben wollen, sich gestaltet.

Glodwick bilden Einwanderer vom indischen Subkontinent eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Das Quartier gleiche einem Pulverfass, hatten ortskundige Sozialarbeiter schon lange gewarnt. Hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen (40 Prozent), Rauschgift und Perspektivlosigkeit – ein Gemisch, das «das Fass explodieren» lasse. Grenzenloser Hass: Erst kürzlich prägten asiatische Jugendliche beispielsweise auf einen Rentner ein, als dieser auf dem Heimweg von einem Rugbyspiel durch den Stadtteil ging. Nach ihrer Meinung hat-te ein Weisser dort nichts zu suchen. Mit schwersten Verletzungen kam der 76-Jährige ins Krankenhaus. Ein 15 Jahre alter asiatischer Junge muss sich deshalb vor Gericht wegen eines «rassistisch motivierten Angriffs» verantworten. Immer wieder machen asiatische Banden Jagd auf Weisse – etwa am 5. Mai, als 16 Personen festgenommen wurden.

Beispiellose Brutalität

In punkto Oldham, das schon seit Jahren Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen ist, zogen britische Medien Vergleiche zu den Rassenunruhen in britischen Einwanderervierteln Anfang der acht-

ziger Jahre. So gab es schwere Krawalle etwa in Londoner Stadtteilen wie Brixton oder Tottenham, oder auch in Toxtieth in Liverpool, die Sozialarbeiter und Sicherheitskräfte in Alarmbereitschaft versetzt hatten. Jetzt sprach der Polizeichef von einer «sehr ernsten Situation» und von «beispielloser Brutalität», die jeden Einwohner der Stadt tief getroffen haben. «Szenen wie diese kannten wir bisher nicht.» Jedoch müsse mit einer weiteren Eskalation gerechnet werden, weil sich die Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen verstärkt hätten.

Weitsichtiges Grossbritannien: Verschärfung des Asylrechtes geplant!

Das britische Parlament hat sich hinter die Pläne der Regierung zur Verschärfung des Asylrechtes gestellt. Sowohl Unter- als auch Oberhaus stimmten den neuen Vorschriften zu. Laut dem Gesetz sollen künftig Asylbewerber bis zu sechs Monate lang in eigenen errichteten Zentren untergebracht werden können. Flüchtlinge, die wegen schwererer Vergehen verurteilt sind, sollen ausgewiesen werden.



Weihnachtsspende



Leider hat unser Engagement gegen den Asylrechtsmissbrauch zu einem grossen Loch in der Partekasse geführt. Deshalb müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Ihre Weihnachtsspende hilft uns, im

kommenden Jahr mit etwas weniger Finanzsorgen unseren Kampf für eine freie, unabhängige und schweizerische Schweiz unermüdlich weiterzuführen. Herzlichen Dank!

Ihre SD-Parteilung

Junge Stimme

Die Armee reform «Armee XXI» ist bildungs- und jugendfeindlich

Das Armee XXI Referendum aus Sicht der Jugend

Die Jugendorganisation Young 4 FUN hatte an ihrer vorletzten Vorstandssitzung einstimmig beschlossen¹, das Referendum gegen die Armee XXI zu ergreifen. Man fragt sich warum, Jugendliche sich gegen eine Armee reform aussprechen, welche laut VBS den neuen Verhältnissen angepasst und in die Zukunft ausgerichtete sei.

Young 4 FUN beteiligte sich bereits an der Vernehmlassung der Armee XXI. Young 4 FUN steht einer Armee reform, welche auch in Zukunft, die Sicherheit, Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz zu garantieren versucht und welche auf die Bedürfnisse der zukünftigen Armeemitglieder, ob Jung oder Alt, eingeht, positiv gegenüber. Leider mussten wir feststellen, dass unsere Anliegen, genau wie jene des Verbandes der Schweizerischen StudentInnen-schaft² (VSS), nicht berücksichtigt worden sind.

Nun zur Kernfrage zurück, was ist denn unser Problem mit der Armee XXI. Wir möchten im grundsätzlichen Punkt, nicht falsch verstanden werden wir sind gar nicht grundsätzlich gegen die Armee.

Ausbildung in Gefahr

Als erster Punkt bereitet uns die Dauer der Rekrutenschule, welche auf 21 Wochen erhöht wird, Sorgen. Wer an einem Gymnasium ist, kann die Rekrutenschule nicht mehr zwischen dem Ende der Mittelschule und dem Anfang des Studiums absolvieren. Auch in die Semesterferien passt die Rekrutenschule nicht mehr rein. Das identische ergibt sich für Berufsmaturität und die Fachhochschule. Die Studierenden sind also gezwungen, ein Zwischenjahr einzuschalten. Aus hochschulpolitischen Kreisen hört man, dass die Umsetzung des Bologna-Abkommens beschlossene Sache sei. Kernabsicht der Bologna reform ist es, die Studierenden so rasch als möglich die Hochschule durchlaufen zu lassen, damit sie mit abgeschlossenem Studium eine Arbeit beginnen könnten. Diese Absicht verdreht das VBS Kontraproduktiverweise.



Schweizer Grenzwachsoldat in Pruntrut, aufgenommen am 15. November 1939, als die Schweizer Armee noch keine Ausland-Einsätze leistete, sondern einzig die Unabhängigkeit unseres Landes verteidigte.

Sie erzwingt ein Zwischenjahr. Der Gedanke, sich vor der Dienstpflicht zugunsten einer guten Ausbildung zu drücken, drängt sich auf. Dies kann kaum die Absicht der Armee sein. Vielleicht hätten die Vernehmlassungsantworten der Jugend- und Studentenorganisationen doch berücksichtigt werden sollen.

Jugendarbeitslosigkeit droht

Etwas zweites ist die Tatsache, dass im Alter von 20 bis 26 Jahren jährliche WK geplant sind. Es könnte durchaus vorkommen, dass Unternehmer eher auf ältere Bewerber setzen werden, da bei jüngeren klar ist, dass sie, neben den ihnen zustehenden Ferien, auch jedes Jahr während der Dauer eines WK abwesend sein müssen. Möglicherweise könnte eine Armee XXI, ohne es zu wollen, die Jugendarbeitslosigkeit fördern. Ausserdem beginnen viele Jugendliche zwischen 25 und 30 mit der Familienplanung. In dieser Zeit muss ein festes Einkommen garantiert sein. Etwas drittes umfasst das Aushebungsverfahren. Es soll neu drei Tage dauern. Neu sollen Persönlichkeit, psychische und physische Standfestigkeit eingehend untersucht werden. Das lässt uns aufhor-

chen. Selbstverständlich gehören Eignungs- und Intelligenztests zu einem Standardverfahren. Neu werden aber auch private Interessen und Hobbies der Stellungspflichtigen in Erfahrung gebracht. Dies scheint uns eine unnötige Einmischung in das Privatleben der

Stellungspflichtigen. Vermutlich werden später nur Gleichdenkende befördert.

NATO-Annäherung

Als viertes stellen wir eine deutliche NATO-Annäherung fest, ein direkter Angriff auf eines der obersten Prinzipien der Schweiz, die Neutralität. Als Konklusion stellen wir fest, dass das VBS in der Gesamtheit die Anliegen der Jugendlichen ignoriert und als gering erachtet hat. Es scheint nichts auszumachen, dass die Studierenden in ihrer Ausbildung behindert, was das BSP nach unten drückt. Die träumerischen Armee reformspezialisten stellen sich wohl vor, die Jugend würde alles stehen und fallen lassen zugunsten der Armee. Ich möchte nochmals drauf hinweisen, dass wir nicht gegen die Armee sind. Wenn die Rekrutenschule präzise in den Ausbildungsweg passt, welcher sich bei einigen tausend Jugendlichen identisch gestaltet, wird die Rekrutenschule als Abwechslung und als zusätzliche Erfahrung erlebt. Wenn aber der Ausbildungsweg blockiert wird und sich unnötig in die Länge zieht, dann gibt sich die Armee schlechte Karten bezüglich Popularität ihrer Ausbildung. Ich schliesse mit einem Zitat von VBS Chef Bundesrat Samuel Schmid: «Referendum gegen die Armee XXI, das ist tatsächlich FUN.» Sie sagen es Herr Bundesrat, das ist tatsächlich Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität, dafür steht das Kürzel FUN im Namen Young 4 FUN, welches sie gemeint haben.

*Gabriel Neukomm,
Young 4 FUN Vorstand*

Unterstützen Sie das Referendum. Referendumsbogen können auf dem SD-Zentralsekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern, bezogen werden.

Warum ein Referendum gegen die Armee XXI?

1. Wir Schweizer wollen und die Bundesverfassung verlangt es, dass die Armee das Land verteidigen kann... aber mit der 120'000 bis 140'000 Mann Mini-Armee XXI ist dies nicht möglich!
2. Die Bundesverfassung verlangt eine Armee nach dem Milizprinzip; sogenannte «Durchdiener» sind Berufssoldaten und haben weder Ausrüstung noch Wiederholungskurse (als geplante Reserve).
3. Es ist ein bedauerliches Eingeständnis der Armeeführung, dass ohne Mithilfe ausländischer Partner (Nato), die Armee XXI die Schweiz allein nicht verteidigen kann.
4. Unvernünftig ist, dass die Wehrpflicht mit 26 Jahren endet, gerade dann, wenn Lebenserfahrung und Verantwortungsgefühl beginnen.
5. Die Auflösung von Territorial- und Sicherungsformation ist geradezu verantwortungslos.
6. Wir fordern eine modernisierte Miliz-Armee mit bewährten Strukturen unter Einbezug aller wehrfähigen Bevölkerungsschichten.

¹ Siehe Communiqué vom 6. Oktober 2002, <http://www.Young4FUN.ch>

² Siehe Stellungnahme vom 28. April 2001, <http://www.vss-unes.ch/policy/armeereform.html>

Schweizer Waffenrecht soll dem Schengener Abkommen angepasst werden

Massive Freiheits-Beschränkung

Schützen, Jäger, Waffenbesitzer und auch einige Politiker befürchten zu Recht, dass die vom Departement Metzler angestrebte Assoziation der Schweiz ans Schengener Abkommen unakzeptable Auswirkungen auf das traditionelle Schweizer Waffenrecht zeitigen wird.

Der Bundesrat verhandelt im Rahmen der «Bilateralen II» seit Monaten über den Anschluss der Schweiz ans Schengener Abkommen. Unterzieht sich die Schweiz diesem Abkommen, dann gilt auch hier die Richtlinie 91/477 EWG vom 18. Juni 1991 über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen.

Keine Ordonnanzwaffen mehr zu Hause?

Richtig ist, dass gemäss Schengen-Vereinbarung Streitkräfte und Polizei sowie anerkannte kulturelle und historische Einrichtungen von der Anwendung dieser EU-Richtlinie ausgenommen sind. Die Schweiz könnte selbst nach einem Vollbeitritt noch autonom entscheiden über Bewaffnung und Ausrüstung von Polizei und Armee. Ob dies – wie das Departement Metzler behauptet – auch die autonome Entscheidung beinhaltet, dass der Schweizer Bürger seine Ordonnanzwaffe zu Hause aufbewahren darf, ist völlig offen. Diese Behauptung setzt voraus, dass alle übrigen europäischen Staaten die weltweit einmalige Schweizer Tradition der Aufbewahrung der Ordonnanzwaffe zu Hause als «militärischen Anwendungsbereich» anerkennen. Dafür liegt allerdings keinerlei Bestätigung vor. Auch der Bundesrat ist der Meinung, dass die EU-Richtlinie eine Mindestharmonisierung der Waffengesetzgebung in allen Schengen-Mitgliedstaaten vorsieht. Es ist schwer vorstellbar, dass die EU-Staaten bei freiem Grenzverkehr der Schweiz die private Aufbewahrung von Serienschusswaffen – die gemäss EU-Richtlinie «verbotene Feuerwaffen» sind – zugestehen werden. Realität wird sein, dass im Rahmen einer Richtlinien-Revision die private Aufbewahrung von Seriefirewaffen EU-weit kategorisch verboten wird.

Meldepflicht und Bedürfnisnachweis

Der Bundesrat bestätigt, dass nach einer Anbindung der Schweiz an Schengen zusätzlich eine Meldepflicht für Feuerwaffen einzuführen ist. Im Klartext bedeutet dies, dass jede Person, die in der Schweiz eine Waffe zu Hause aufbewahrt, diese bei der Polizei an-

melden muss. Jeder Armeeveteran, der von seinem Recht, die persönliche Waffe zu behalten, Gebrauch macht, wird also in einer Polizeidatenbank registriert. Der Bundesrat ist der Meinung, dass dadurch kein unverhältnismässiger Mehraufwand entsteht. Die Schweizer werden eine solche Meldepflicht schon deshalb nicht akzeptieren, weil sie nebst bürokratischem Mehraufwand eine markante Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit zur Folge hätte.

Der Bundesrat bestätigt, dass gemäss EU-Richtlinie für den Erwerb und den Besitz von Waffen dafür neu der Nachweis einer «Rechtfertigung» erforderlich ist. In den EU-Staaten wird dies als «Bedürfnisnachweis» ausgelegt. Das freiheitliche schweizerische Waffenrecht kennt weder für den Erwerb noch für den Besitz von Waffen einen Bedürfnisnachweis im Sinne einer Rechtfertigung. Damit besteht bereits ein unüberbrückbarer Widerspruch zur Richtlinie. Der Bundesrat meint, den Mitgliedstaaten werde ein erheblicher Gestaltungsspielraum bei der Konkretisierung dieser Generalklausel eingeräumt, weshalb es der Schweiz überlassen sei, die Rechtfertigungsgründe im einzelnen zu benennen. Mit dieser Annahme hegt der Bundesrat Illusionen.

Deutsches Waffenrecht für Europa?

Wenn die EU-Staaten in ihren nationalen Waffengesetzgebungen den Erwerb einer Waffe zur Selbstverteidigung im eigenen Haus nicht als Rechtfertigung qualifizieren, werden diese Staaten – angesichts der vollständigen Abschaffung aller Grenzkontrollen nach Schengener Vorschrift – bestimmt nicht akzeptieren, dass in der Schweiz liberalere und andere Rechtfertigungsgründe gelten sollen. Die EU wird der Schweiz diktiert, was unter Rechtfertigung zu verstehen ist, und in der EU-Verfügung wird die schweizerische Waffenrechtstradition mit Sicherheit keinen Platz haben. Der Inhalt von EU-Richtlinien wird heute und in Zukunft in erster Linie von den grossen EU-Staaten bestimmt. Dabei nimmt Deutschland eine führende Rolle ein. Wer realistisch denkt, muss einkalkulieren, dass sich die waffenrechtlichen Vorstellungen Deutschlands im Schengener Raum durchsetzen werden. Was heute und morgen in Deutschland gilt, wird nach einem Beitritt der Schweiz zu Schengen über kurz oder lang auch in der Schweiz gelten. Deshalb lohnt sich ein Blick auf das Waffenrecht Deutschlands, wo zur Zeit das Waffengesetz revidiert wird.

Die Rechtfertigung für Waffenerwerb und Waffenbesitz ist in Deutschland wie folgt definiert: Die Schiesssportverbände müssen einem Schützen eine Bedürfnisbescheinigung ausstellen. Übt der Sportschütze seinen Sport nicht mehr aus, müssen die Vereine die sportliche Inaktivität ihrer Mitglieder melden, damit die Polizei die Waffe abholen kann. Das einem Sportschützen zugestandene Kontingent besteht aus insgesamt drei Repetier- oder halbautomatischen Langwaffen und zwei Kurzwaffen. Waffenbesitz über dieses Kontingent hinaus ist vom Nachweis der aktiven Betätigung in weiteren Schiesssportdisziplinen oder der aktiven Beteiligung am Wettkampfsport abhängig. Jäger müssen glaubhaft machen, dass sie die Waffen benötigen, um damit zur Jagd zu gehen, wobei der Nachweis zu erbringen ist, dass die Waffe auch zur Jagdausübung geeignet sein muss. Wird die Jagd aufgegeben, besteht kein Bedürfnis mehr für Waffenbesitz.

Fazit

Nach einem Beitritt zu Schengen kann die Schweiz nicht mehr verhindern, dass derlei waffenrechtliche Regelungen auch auf die Schweiz ausgedehnt werden. Wenn der Bundesrat an die «souveräne Entscheidungsfreiheit der einzelnen Partner» glaubt, lehrt die

Realität anderes. Die EU-Staaten werden bei der weiteren Ausgestaltung ihres Waffenrechts auf die kleine Schweiz bestimmt keine Rücksicht nehmen. Für alle wird verbindlich, was die grossen EU-Staaten diktieren. Was in der EU-Richtlinie für Waffenerwerb und -besitz als Rechtfertigung gilt, wird durch die EU bestimmt. Allein durch die EU!

In den EU-Staaten besteht schon heute kein Verständnis für die freiheitliche Waffengesetzgebung in der Schweiz, deren Waffengesetz – im Gegensatz zur EU – allein gegen den Waffenmissbrauch gerichtet ist, nicht aber den Waffenbesitz des unbescholtenen Bürgers und Schützen reglementierend behindern soll.

Übrigens: Die Schengen-kompatible Waffengesetz-Revision, die vom Departement Metzler derzeit angestrebt wird, beinhaltet auch die «Erfassung gefährlicher Gegenstände» sowie die Reglementierung von deren Verwendung. Unter «gefährliche Gegenstände» fallen z. B. Baseballschläger in der Hand notorischer Gewalttäter oder Pflastersteine in der Hand gewalttätiger Demonstranten. Das Gesetz bezweckt allerdings bloss die Registrierung solcher Gegenstände. Von der Bestrafung von Gewalttätern dagegen kein Wort. Ob die Registrierung von Pflastersteinen wohl ein wirksamer Beitrag zur Eindämmung gewalttätiger, krawallartiger Demonstrationen ist?

(Mitbenutzt: Informationen von PRO TELL, Gesellschaft für freiheitliches Waffenrecht)

Law made in USA

Amerikanische Rechtsvorstellungen breiten sich zunehmend rund um den Globus aus und prägen internationale und nationale Gesetze und Rechtsanwendung. Dass dies nicht unbedingt zum Vorteil der Rechtsentwicklung und der Wirtschaft ist, belegen zum Beispiel die jüngsten Sammelklagen.

Nach Ed Fagan klagt nun auch der US-Anwalt Michael Hausfeld gegen zahlreiche Unternehmen – darunter auch Schweizer Firmen wie UBS und CS – wegen ihrer Geschäfte mit dem Apartheid-Regime in Südafrika. Ein New Yorker Gericht soll über die Fehlbarkeiten richten. Das Seilbahnunglück in Kaprun im November 2000 und der Flugzeugabsturz über dem Bodensee vom vergangenen Juli sind Gegenstand weiterer Sammelklagen an US-Gerichten. Immer häufiger spielt sich die amerikanische Justiz als Weltgericht auf. Gleichzeitig hat die zunehmende Globalisierung zahlreicher Lebensbereiche eine gewisse Harmonisierung des nationalen Rechts

zur Folge. Die Entwicklung einheitlicher Strukturen in der EU schafft einen zusätzlichen Bedarf an einer Rechtsangleichung, die sich auch auf Drittstaaten wie die Schweiz auswirkt. Die fortschreitende Europäisierung und Globalisierung des Rechts geht Expertenaussagen zufolge einher mit der zunehmenden Übernahme amerikanischer Rechtsnormen und -prinzipien, was eine Folge der politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung der USA ist. Internationales und nationales Recht wird zunehmend von amerikanischen Rechtsvorstellungen geprägt.

Dass amerikanische Gerichte über ausländische Rechtsstreitigkeiten urteilen, bei denen ein konkreter Bezug zur USA fehlt, oder die Welt immer mehr US-Recht übernimmt, darf nicht einfach kritiklos hingenommen werden. Sicherlich wäre es falsch, sich jeglicher Adaption amerikanischen Rechts pauschal zu verschliessen. Es hat sich aber gezeigt, dass bestimmte Tendenzen die Rechtssicherheit und

die Wirtschaft erheblich zu schädigen vermögen – zum Beispiel die Vermengung von Schadenshaftung und Strafe mit astronomischen Schadenersatzsummen (punitive damages). Amerikanisches Rechtsdenken steht zudem oft im Widerspruch zur kontinentaleuropäischen Rechtstradition, was zu einer inkompatiblen Vermischung zweier Rechtskulturen führen kann.

In der Schweiz finden sich zahlreiche Beispiele für die Adaption amerikanischen Rechtsdenkens, unter anderem im Produkthaftungspflichtgesetz, im Entwurf des neuen Haftpflichtrechts oder in der häufigen Revision des Kartellgesetzes mit der sogenannten Bonus-

regelung, die Strafminderung oder -erlass bei Meldung von Verstößen verspricht. Besonders die Haftungsverstärkungen gehen meist auf einen politisch motivierten Konsumentenschutz zurück. Die Schutznormen werden jedoch für den Konsumenten oft zum Bumerang, weil die horrenden Versicherungssummen und Schadenersatzzahlungen wieder auf ihn abgewälzt werden. In den USA wird die Problematik zunehmend erkannt und versucht, den Trend wieder umzukehren, indem die Haftung begrenzt wird. Anstatt den Amerikanern alles blind abzukupfern, sollten wir hier lieber aus ihren Erfahrungen lernen!

Bei den jüngsten Sammelklagen

indessen sollten wir uns auf unsere eigenen Erfahrung mit der Holocaust-Klage besinnen. Damals wie heute scheinen für Kontinentaleuropa selbstverständliche Erfordernisse eines Schadenersatzanspruches im Verfahren vor den US-Gerichten überflüssig zu sein. Letztlich ist es der Druck der amerikanischen Justiz und der US-Medien, mit dem die Beklagten zum Nachgeben gezwungen werden, wollen sie ihre Geschäfte in den USA weiter betreiben. Derartige Verfahren und Vorgehensweisen gefährden nicht zuletzt auch unsere Rechtssicherheit.

Es geht uns hier nicht darum, ob die Schweizer Firmen im Fall der Apartheid-Klage rechtlich oder

moralisch falsch gehandelt haben, sondern um die Frage, wer darüber zu urteilen hat. Aus juristischer Sicht kann eine Schadenersatzklage nur in einem Land mit einem direkten Bezug zu den Parteien beurteilt werden, im vorliegenden Fall also in der Schweiz oder in Südafrika. Vom politischen Standpunkt aus gesehen ist zudem klar festzuhalten, dass Rechtsnormen – insbesondere in einem demokratisch legitimierten Staat – grundsätzlich auf dem Territorialitätsprinzip basieren müssen, da sie den politischen Willen und die Sitten einer Nation widerspiegeln.

Aus Centre Patronal, Presse- und Informationsdienst

Die Schweiz uns Schweizern

10 gute Gründe, die Schweizer Demokraten (SD) zu unterstützen:

(SD-Kurzprogramm vom Zentralvorstand am 18. Oktober 2002 einstimmig genehmigt)

1. Recht auf Heimat

Die massive Zunahme der Zahl nicht assimilierbarer Ausländer aus exotischen Ländern bedroht den Fortbestand des Schweizer Volkes. Wird die jetzige Ausländerpolitik fortgeführt, werden die Schweizer schon bald zur Minderheit im eigenen Land. Die Folgen sind schon jetzt an zahlreichen Schulen zu beobachten. Auch wir Schweizer haben ein Recht auf Heimat. Die Schweiz muss das Land der Schweizer bleiben.

2. Asylmissbrauch stoppen

Die Schweiz muss für Illegale und dreiste Einschleicher unattraktiv werden. Deshalb fordern wir einen besseren Schutz der Schweizer Grenze und eine Justiz, die härter und konsequenter gegen Asylrechtsmissbrauch vorgeht. Der verfehlten Ausländer- und Asylpolitik der Regierenden muss Einhalt geboten werden.

3. Identität statt Globalisierung

Globalisierung führt zu Identitätsverlust, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Naturzerstörung. Politische Entscheidungen werden zunehmend von der internationalen Hochfinanz getroffen. Der Globalisierungswahn muss gestoppt werden. Die Wirtschaft muss dem Volk dienen und nicht das Volk der Wirtschaft!

4. Schweizer Arbeitnehmer zuerst

Gerade in Zeiten der sog. «Globalisierung» verlangen wir den absoluten Schutz der Schweizer Arbeitnehmer und Lehrlinge auf dem Arbeitsmarkt sowie der einheimischen Studierenden im Ausbildungssektor. Statt Milliarden ins Ausland zu verschleudern, sind diese Gelder zur Sicherung der Sozialwerke einzusetzen. So lassen sich die Erhöhung der Krankenkassenprämien stoppen und die AHV und IV sichern.

5. Freiheit statt EU-Diktat

Einen Beitritt zur zentralistischen, bürokratischen und undemokratischen EU lehnen die SD entschieden ab. Niemals dürfen unsere Freiheit, Unabhängigkeit und die direktdemokratischen Volksrechte einem EU-Vollbeitritt geopfert werden. Unser Ziel ist ein Europa der souveränen Länder.

6. Zukunft für Schweizer Familien

Die kinderfeindliche Politik der Etablierten hat die Schweiz zu einem kinderarmen Land gemacht. Kinder sind zum Armutrisiko Nummer eins geworden, die Renten sind in ernster Gefahr. Wir wollen die Schweizer Familie mit Steuervergünstigungen und Kindergeldhöhungen besonders fördern, statt noch mehr Ausländer ins Land zu holen.

7. Sicherheit und Ordnung

Die Kriminalität muss energisch bekämpft werden. Die Bevölkerung muss sich auch abends überall

wieder aus dem Hause trauen. Gegen Straftäter, oft aus ganz fremden Kulturkreisen, ist mit der ganzen Härte des Gesetzes vorzugehen. Vergewaltiger und Kindererschänder sind lebenslang zu verwahren.

8. Frieden statt US-Imperialismus

Die USA führen weltweit Kriege zur Durchsetzung der Interessen der US-Wirtschaft. Auch die Schweizer Armee leistet dabei neuerdings Söldnerdienste im Ausland. Schweizer Soldaten haben dem Schutz der Heimat zu dienen und nicht fremden Wirtschaftsinteressen. Hände weg von der NATO!

9. Gesunde Natur statt manipulierte Nahrung

Wir setzen uns für die einheimische Produktion und konsequente Deklaration ein. Nein zu Genmanipulation und Hormonbetrügerei-

en. Wir brauchen gesunde und kontrollierte Lebensmittel aus einer intakten Natur. Bei der Produktion dürfen nicht die Interessen des Kapitals im Mittelpunkt stehen, sondern das Recht des Volkes auf einwandfreie Nahrung und eine unversehrte Umwelt.

10. Meinungsfreiheit statt Maulkorb

Kein anderes Land wird so überschwemmt mit Ausländern wie die Schweiz (1,4 Millionen haben eine definitive Aufenthaltsbewilligung; dazu über 120'000 mit Asyl- und Sonderstatus und zudem schätzungsweise 300'000 Schwarzarbeitende). Deshalb ist das schweizerfeindliche Anti-Rassismugesetz (Maulkorb) abzuschaffen. Polizei und Justiz haben besseres zu tun, als Andersdenkende und Einwanderungskritiker zu verfolgen.

SD: Die Partei, welche zur Schweiz steht.

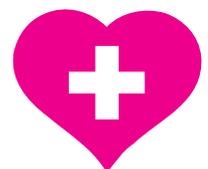
Bitte schicken Sie mir unverbindlich Unterlagen über die Schweizer Demokraten (SD):

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Bitte einsenden an:
Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
Fax: 031 974 20 11, E-Mail: sd-ds@bluewin.ch;
Internet: www.schweizer-demokraten.ch



Die Asylinitiative als Werbegag?

Den Abstimmungssieg leichtfertig vergeben: Dazu einige kritische Anmerkungen!



Markus Borner,
Grossrat,
SD-Kantonal-
präsident, Basel

Bei den letzten US-Präsidentenwahlen zeigten sich insbesondere im Bundesstaat Florida Schwierigkeiten beim Auszählen der eingegangenen Stimmzettel. Nicht wenige Eidgenossinnen und Eidgenossen schmunzelten damals über ein derart (unseriöses) Stimmen-Auszählmanöver. Letztlich wurde vermutlich gar der Kandidat mit dem weniger guten Stimmenresultat zum Sieger erklärt; jener der u.a. der Wirtschaft und auch der Waffenindustrie am nächsten steht. Der Rest der Geschichte ist bekannt und hat nun weltweit Folgen...

Glaubt etwa jemand, dass bei der Asylinitiative-Stimmennachzählung (leider nicht mal in allen Kantonen!) im Nachhinein noch ein zustimmendes Resultat hätte zustande kommen können? Bei einem solch knappen Ergebnis sind letztlich Manipulationen zugunsten der Classe Politique immer möglich.

Alle Register wurden gezogen

Dass es überhaupt zu einem derart knappen Kopf-an-Kopf-Rennen gekommen ist, ist nicht auf die Gegenkampagne der ablehnenden Komitees und Parteien (vorab von FDP, CVP und SP!) zurückzuführen, denn deren Engagement war mehr als bescheiden. Und Frau Bundesrat Ruth Metzler begnügte sich mit der Teilnahme an zwei oder drei öffentlichen Veranstaltungen. Warum war denn der Bundesrat diesmal so zurückhaltend? Der «Blick» war da schon bissiger: Da wurde u.a. dem Abt vom Kloster Einsiedeln mehrmals ein breites Forum in der auflagenstärksten Zeitung der Schweiz geboten, damit er seine asylantenfreundliche Haltung auch breitschlagen konnte. Die Bischofskonferenz stellte sich hier einmal mehr auf die Seite der Wirtschaftsflüchtlinge, denn alle «Flüchtlinge» sind laut deren Meinung, arme und verfolgte Menschen (vermutlich inkl. der Drogendealer), weshalb auch jedem in die Schweiz einreisenden Fremdling gleich ein «Heiligenschein» umgehängt wird!

Der «Blick» und weitere Medien bekamen noch zusätzlich Munition geliefert und bedienten sich dieser auch genüsslich: An der SVP-Delegiertenversammlung in Lupfig witzelte der Walliser SVP-Kantonal-

präsident (und Gymnasiallehrer!) Oskar Freysinger über die kommende Bundesratswahl mit seinem Bortoluzzi-Fuzzi-Gedichtchen. Diese «Poesie» blieb nicht ohne Echo! Gar einige «liberale» SVP-Frauen empörten sich in den Medien ob solch primitiver Witzeleien – vielleicht mit Recht. Hierauf ist dieser «Poet» aus dem Wallis von seinem Präsidium zurückgetreten (worden).

Die SVP-Oberen verlieren die Übersicht

Nationalrat Christoph Blocher wusste einige Tage vor dem 24. November nichts gescheiters zu tun, als Samuel Schmid als halben SVP-Bundesrat zu bezeichnen. Blocher hat mit seiner Einschätzung nicht unrecht, da Bundesrat Schmid der SVP speziell in der Aussenpolitik, d.h. beim wichtigen Abstimmungsvorlagen, welche die Unabhängigkeit der Schweiz betreffen, mehrmals in den Rücken fiel. Übrigens tat er dies auch wieder bei der Asylinitiative! Warum musste aber diese Frontalkritik im Vorfeld der eidgenössischen Abstimmung fallen? Nicht genug damit: Eine Woche nach der Abstimmungspleite lässt eben dieser Christoph Blocher in der Sonntagspresse grossflächige Inserate mit seiner damaligen Rede an der Lupfig-Veranstaltung publizieren. Hierfür ist nun wieder Geld vorhanden. Demgegenüber hiess es im Vorfeld der Asylinitiative-Abstimmung von Seiten des Christoph Blocher, dass er hierfür kein Geld locker machen würde und die SVP-Sprecher wiesen ebenso weinerlich auf ihre fast leere Parteikasse hin. Laut der ersten Prognose im Vorfeld dieser Abstimmung beabsichtigten 57% der Stimmenden diese Vorlage zu unterstützen. War dies der Grund, dass die SVP-Gewaltigen plötzlich kalte Füsse bekamen und deshalb auf die Bremse drückten? Die Schweizer Demokraten verteilten allein in Basel-Stadt in den Wochen vor dem Abstimmungssonntag gegen 50'000 Flugblätter und einige der Parteianhänger publizierten Leserbriefe. Was taten aber die SVP-Sektionen für ihre Initiative?

Der perfekte permanente Wahlk(r)ampf?

Am Abstimmungssonntag äusserte sich Christoph Blocher mit Zuversicht in einem Interview in den elektronischen Medien von den kommenden SVP-Erfolgen bei den eidgenössischen Wahlen vom nächsten Jahr. Und AUNS-Geschäftsführer Hans Fehr rühmte sich des Beinahe-Erfolgs, der allein durch SVP und AUNS zustande

Engagiertes SD-Flugblatt für die Asylinitiative (verkleinert).

gekommen sei. Und den Vogel abgeschossen hat der SVP-Präsident Ueli Maurer, welcher am Montag nach der Abstimmung in einem Tagesschau-Statement von einer Stimmennachzählung nichts wissen wollte (Originalton Maurer: «Sonst würde die SVP als schlechte Verliererin dastehen!»). Am Dienstag unterstützte dann auch die SVP lauwarm die Forderung für eine Nachzählung und die SVP-

Bundeshausfraktion sprach ihrem (halben) Bundesrat mit einer Enthaltung gar noch das Vertrauen aus!

Da stellt sich dem kritischen Beobachter doch mit Recht folgende Frage: «War der ganze Asylinitiative-Spektakel, inklusive der medial hochgepeitschten Skandalchen ernstgemeinte Politik oder bloss Teil eines permanenten Wahlkampfes à la SVP!»

SVP, die einzige Partei?

Es ist sehr schön, wenn eine Partei von sich erklären kann, sie stehe noch voll zur Schweiz. Das ist heutzutage sehr selten. Es ist noch schöner, verdienstvoller und grossartiger, wenn man dies als einzige Partei tut, so quasi als Märtyrer. Solches behauptet die SVP jedenfalls recht unverfroren von sich selbst. Leider übersieht sie erstaunlich grosszügig, dass die Schweizer Demokraten dies schon seit 1961 tun. Ohne Filz, Goldesel und Korruption, einfach aus enger Verbundenheit mit unserer Heimat und unserer einzigartigen Demokratie, für die es, trotz Welt-offenheit, einzustehen gilt. Seit jener Zeit also, wo die SVP, bis vor wenigen Jahren, mit grosser Vehemenz und allen Mitteln mitgeholfen hat, die Einwanderungsschleusen noch weiter zu öffnen, das gesamte Malaise mit all den negativen Folgen zu vergrössern und die Mahner abzuqualifizieren. Nun

also sind und waren die weitsichtigen Ziele der Schweizer Demokraten doch richtig. Erstaunlich! Und plötzlich ist man, mit glorreicher Glanz und Gloria umgeben, «die einzige Partei, die noch zur Schweiz steht», wie zu lesen ist. Wird hier etwa unlauterer Stimmenfang mit vergesslichen Leuten betrieben? Wir sind natürlich gerne bereit, die SVP in unsere Reihen zu integrieren und den Kampf gemeinsam fortzuführen, dann jedenfalls würde die Aussage in etwa stimmen. Die SVP könnte in einem solchen Fall auch das Logo (Herz mit Schweizer Kreuz) der Schweizer Demokraten, das sie in einigen Inseraten ziemlich unstatthaft verwendet, weitergebrauchen. Wir fragen uns allerdings: Hat man solche Unwahrheiten tatsächlich nötig, oder hat man mit den Inseraten einfach eine etwas unglückliche Hand?

SD Bezirk Dielsdorf, P. H. Kuhn

SD Basel-Land im Profil

– **Name der Partei:** Schweizer Demokraten Baselland (SD)
 – **Gegründet im Jahr:** im Baselbiet 1966; schweizerisch 1961
 – **Ein Satz zur Geschichte (Namenswechsel, Fusionen usw.):** 1966 «Nationale Aktion NA» 1986 Namensänderung in «Schweizer Demokraten SD»
 – **Anzahl Mitglieder:** 505
 – **Anzahl Sektionen:** 13
 – **Jungpartei (seit wann / wie viele Mitglieder):** keine
 – **Parteipräsident/-in (seit):** Rudolf Keller, Frenkendorf, seit 1981
 – **Wichtige Mandate (Anzahl RR, LR, NR, SR, Richter):** 9 Landräte

– **Das haben wir zum Glück durchgebracht (kantonal):** Neben vielen anderen vom Parlament gutgeheissenen Vorstössen wurde unser Postulat für höhere Kinderabzüge bei der Revision des Steuergesetzes realisiert und das Postulat für die Entfernung illegaler Sprayereien wurde teilweise umgesetzt, indem der Landrat einen Kredit sprach zur Säuberung staatlicher Einrichtungen.
 Präsidium der für Einbürgerungen wichtigen Petitionskommission.
 Präsidium des Landrates durch Peter Brunner im Jahr 2000/2001.
 – **Damit sind wir leider gescheitert:** Unsere Standesinitiative für die Internierung von Asylbewerbern durch den Bund wurde vom Landrat abgelehnt.
 Unsere kantonale Volksinitiative «Für eine vernünftige Einbürge-

rungspolitik» wurde abgelehnt.

– **Das haben wir zum Glück verhindert (mitverhindert):** Revision des Bürgerrechtsgesetzes (Liberalisierung – Nichteintreten auf die Vorlage der Regierung).
 – **Das konnten wir leider nicht verhindern:** Das neue Bildungsgesetz mit seinen Konzessionen an die Multikulturalität.
 – **So wird die Schlagzeile über uns nach den Wahlen lauten:** SD gewinnt 1 Landratsmandat. Holen sie auch den Nationalratsstz zurück?
 – **Das wollen wir anpacken:** Keine Benachteiligung der einheimischen Baselbieter Bevölkerung auf Grund der Bilateralen Verträge mit der EU. Existenz sichernde Mindestlöhne. Konsequente Wegweisung krimineller und die Sozialwerke missbrauchender Ausländer. Keine Verschacherung der Schweizer Bürgerrechte.
 – **Steuererhöhungen sind für uns ein Thema, wenn...** eine Steuer für jene Unternehmer eingeführt würde, welche billige Arbeitskräfte ins Land holen, damit die dadurch hervorgerufenen Infrastrukturkosten mitfinanziert werden können. Sonst sind Steuererhöhungen für uns kein Thema.
 – **Uns braucht es weiterhin, weil...** wir die legitimen Interessen der weniger begüterten, einheimischen Bevölkerung wahrnehmen.
 – **Hier sind wir im Internet zu finden:** www.schweizer-demokraten.ch

Diese Wahl haben die SD sehr bewusst getroffen. Wenn man sich die Riege der amtierenden Regierungsratsmitglieder und mancher Herausforderinnen und Herausforderer ansieht, stellt man unschwer fest, dass diese kaum mehr Kanten und Ecken haben und auch fast nicht mehr ersichtlich ist, welcher Partei sie angehören. Zunehmend wurden in den letzten Jahren die politischen Unterschiede zwischen den Regierungsparteien und ihren Regierungsratsmitgliedern eingeebnet. **Bruno Steiger ist dafür bekannt, dass er Probleme auf den Punkt bringt und klar formulieren kann, wo den Leuten der Schuh drückt.** Mit dieser Kandidatur wollen die SD bewusst einen Akzent setzen und **mehr Leben in den Wahlkampf bringen.** Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern soll wieder deutlicher gesagt werden, wer politisch wofür einsteht! Mit einem offensiven Kandidaten und einem offensiven Wahlkonzept haben die SD unlängst schon bei den Thurgauer Regierungswahlen sehr erfolgreich abgeschnitten. Im Gegensatz zu den Wahlen von 1999 wollen die SD diesmal auch wieder auf die Strassen und Plätze gehen und die Leute direkt ansprechen. Die Baselbieter Regierenden sind



Bruno Steiger

beispielsweise für das **Finanzdebakel (massive Kostenüberschreitungen) beim Kantonsspital Liestal** verantwortlich. Und sie sind es auch, welche das **Schlamassel im Informatikbereich** zu verantworten haben. Nach wie vor ist die Baselbieter Regierung bereit, **immer mehr Asylbewerber** in unserem Lande aufzunehmen. Dies alles mit erheblichen Kostenfolgen auf dem Buckel der Steuerzahlenden. Die **Defizite steigen weiter an**, was die SD nicht mitverantworten wollen.

Bruno Steiger tritt – im Gegensatz zu allen Regierenden – auch **für den absoluten Vorrang der Einheimischen auf allen Ebenen** ein. Leute, die für die beschriebenen Probleme verantwortlich sind, gehören abgewählt. Der SD-Regierungsratskandidat ist daher bei den Wahlen Ende März 2003 eine echte Alternative zu den bisherigen Regierungsratsmitgliedern.

Parteipräsident Rudolf Keller informierte an der Versammlung auch darüber, dass die SD wieder aktiver ins politische Geschehen eingreifen wollen und demnächst **eine Eidgenössische Volksinitiative zur Begrenzung der aussereuropäischen Einwanderung** starten werden. Sodann wird auf eidgenössischer Ebene auch das Referendum gegen das liberalisierte Einbürgerungsrecht vorbereitet.

Schweizer Demokraten
 SD-Baselland, Rudolf Keller,
 Präsident, e.Nationalrat

Wahlen Basel-Land 2003

SD-Regierungsratskandidat Bruno Steiger

Es ist bereits zur Tradition geworden, dass die Schweizer Demokraten als 10%-Partei für jede Regierungsratswahl einen eigenen Kandidaten stellen, denn es gibt viele Leute, welche nicht für die bisherigen Vertreter der Regierungsparteien stimmen wollen. Diesmal standen bei den internen Vorgesprächen vier Personen im Vordergrund, nämlich Landrats-Fraktionspräsident Heinz Mattmüller, e.Landratspräsident Peter Brunner, Landrat Bruno Steiger und e.Nationalrat Rudolf Keller. Nach langen und intensiven Diskussionen schlug der Kantonalvorstand der Mitgliederversammlung nun Bruno Steiger als Regierungsratskandidaten vor. Und er wurde mit viel Applaus einhellig nominiert. Bruno Steiger gehört seit 1995 dem Landrat an. Er ist auch Allschwiler Einwohnerrat und war während vier Jahren Gemeinde-

ratsmitglied. Von Beruf ist der 1951 geborene Bruno Steiger Spezialhandwerker.

– Bruno Steiger, Landrat (seit 1995), Binningerstrasse 9, 4123 Allschwil
 – Mitglied landrätliche Justiz- und Polizeikommission
 – Stellvertretung landrätliche Petitionskommission
 – Stellvertretung landrätliche Bau- und Planungskommission
 – seit vielen Jahren Einwohnerrat in Allschwil
 – Mitglied diverser Einwohnerratskommissionen
 – 1996 bis 2000 Gemeinderat in Allschwil
 – Spezialhandwerker, geboren am 22. 6. 1951
 – Tel./Fax 061 481 78 19
 – E-Mail: bruno.steiger@freesurf.ch

Denkmäler «schleift» man nicht

... zumindest tut man dies nicht in Demokratien. Der Abbruch von Denkmälern war bisher eher Sache von Diktaturen oder von politischen Systemen, die stark (revolutionär) im Umbruch waren. Die regierungsrätliche Entscheidung, die Skulptur «Volk und Staat», welche vor einem Liestaler Regierungsgelände steht, einzumotten, mahnt mich an die Bücherverbrennungen in totalitären Staaten. So ganz nach dem Motto: Was nicht in die herrschende ideologische Welt passt, muss weg. «Denkmalschleifung» widerspricht unseren demokratischen Grundsätzen, selbst wenn ein Denkmal «nur» in einem Lagerraum eingemottet wird, wie das jetzt mit der umstrittenen Skulptur in Liestal geschieht. Mit dem gleichen Recht müsste man manch anderes Denkmal, das an einen Krieg erinnert, oder Denkmäler für Persönlichkeiten, die man unter heutiger Optik anders einstuft als dies noch vor Jahrzehnten der Fall war, auch beseitigen. Wenn der Baselbieter Regierungsrat der Meinung

ist, dass diese Skulptur unter heutiger – feministischer – Optik nicht mehr vertretbar ist, hätte er auch anders reagieren können. Um den neuen Mehrheits-Zeitgeist auszudrücken, hätte man neben dem bestehenden Denkmal ein Kunstwerk plazieren können, das dem Frauen-Gleichstellungsbüro gefällt. Man hätte so zwei Welten nebeneinander gehabt, die alte und die neue Welt. Manchmal staunt man, was in eine solche Skulptur alles hineininterpretiert wird. Kann diese Skulptur nicht auch – ganz einfach – als schöne Skulptur mit zwei schönen Menschen angesehen werden?

Diese «Einmottungsübung» ist eine Verhöhnung des Baselbieter Landrats, der sich vor Jahren mit deutlichem Mehr gegen den Abbruch dieser Skulptur gewendet hat. Es zeigt auch, was für anpasserische Regierungsratsmitglieder wir heute haben.

Rudolf Keller, Frenkendorf



Ständeratswahlen vom 19. Oktober 2003

Die SD Aargau nominieren Lidwina Wiederkehr-Müller

Vizeammann, Rekingen, als Ständeratskandidatin

Der Kantonalvorstand der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau hat an seiner Sitzung Lidwina Wiederkehr-Müller, 1960, Vizeammann, Rekingen, einstimmig als Ständeratskandidatin nominiert. Lidwina Wiederkehr-Müller

ist 2. Vizepräsidentin der SD Schweiz und war bis zum Frühjahr 2002 Kantonalparteipräsidentin der SD Aargau. Lidwina Wiederkehr-Müller ist eine charakterfeste und pflichtbewusste Persönlichkeit und bringt somit die besten Voraussetzungen mit, als Ständerätin den Kanton Aargau in Bern zu vertreten.



Lidwina Wiederkehr

*René Kunz, Reinach,
SD-Kantonalparteipräsident*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Oberaargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Landorfstrasse 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

Gegen- darstellung

Der Direktor der Strafanstalten Lenzburg, Dr. Pfrunder, hält fest, dass er den Ausspruch «Schweiz Scheisse, Schweiz zahle» niemals von ausländischen Sträflingen gehört habe. Aufgeschnappt habe er vielmer: «Schweiz reich, Schweiz bezahlen».

Die SD-Redaktion bedauert die falsche Wiedergabe des Zitats.

Anzeige

Die Genfer bietet Gesamtlösungen in den Bereichen Vorsorge, Sicherheit und Anlagen.



Unterlagen und Infos bei
Telefon 01 946 00 51

Anzeige

Zürcher Handelsfirma sucht im Tessin und in der Westschweiz je einen

Aussendienst- mitarbeiter/-in

für den Verkauf von Einwegartikeln (keine Privatkunden, nur gewerblich). SD-Leser senden Kurzbewerbung an Postfach 6456, 8050 Zürich

«Tragisches» Schicksal – und was ist mit Schweizer Kindern?

Kürzlich erschien in der Aargauer Zeitung unter dem grossen Titel «Die Familie Gulijaj muss gehen» das «Schicksal» einer Asylbewerberfamilie aus dem Kosovo. Nicht etwa, dass diese Familie die Schweiz verlassen muss, da ja im Kosovo schon längst kein Krieg mehr herrscht, nein, ihr wurde vom Kanton lediglich eine andere Gemeinde als Wohnort zugewiesen. Der Schlusssatz dieses Berichtes lautete (wörtliches Zitat):

«Tragisch ist die Angelegenheit vor allem für den 9-jährigen Sohn, der in Büttikon gute Freunde gefunden hat.» (Zitatende) Schon allein das Wort «tragisch» für diese einfache «Züglete» (nach nur zweijährigem Aufenthalt in Büttikon) zu

verwenden, ist masslos übertrieben und zeigt, dass der/die Schreibende noch nie selber eine echte Tragödie erlebt hat. Und was ist mit den sehr vielen Kindern von Schweizer oder ausländischen Eltern, die wegen Umzugs Jahr für Jahr Wohnort, Schule und Freunde verlassen müssen? Dieser unverhältnismässig aufgebauschte «Fall» zeigt wieder einmal, dass die Linken und Netten in der Asylfrage jedes Mass verloren haben. Wegen der Verhättselung der Asylanten in unserem Land werden die Schweizer und auch die hier schon lange lebenden Ausländer immer mehr zu Einwohnern zweiter Klasse.

*Dr. Dragan Najman,
SD-Grossrat, Baden*



Kanton Bern



SD protestieren gegen Einmischung der Landeskirchen in die Politik

und prüfen Initiative zur Abschaffung der Kirchensteuern für juristische Personen

Die Schweizer Demokraten (SD) sind empört darüber, wie sich die Landeskirchen im Kanton Bern gegen die Asylinitiative engagieren. Es dürfe nicht mehr länger gehen, dass die linksgerichteten politischen Aktivitäten auch noch mit Steuergeldern mitfinanziert werden. Deshalb haben Nationalrat Bernhard Hess und Grossrat Hans-Peter Riesen der kantonalen Parteileitung den Vorschlag unterbreitet, eine kantonale **SD-Volksinitiative zur Abschaffung der Kirchensteuern für juristische Personen** zu lancieren.

Im Kanton Bern sind sowohl natürliche wie auch juristische Personen kirchensteuerpflichtig. So nehmen die anerkannten Landeskirchen von juristischen Personen

jährlich ungefähr 15 Millionen Franken Kirchensteuern ein. Im Gegensatz zu den natürlichen Personen können juristische Personen jedoch nicht – zum Beispiel als Protest – aus der Landeskirche austreten.

Vor rund drei Jahren scheiterten die SD mit einer Motion (Bernhard Hess / Hans-Peter Riesen) bereits – auch gegen den grossen Widerstand der FDP – mit dem Vorschlag zur Abschaffung der Kirchensteuern für juristische Personen. Mit der Lancierung dieses wirtschafts- und gewerbefreundlichen Volksbegehrens erhoffen sich die SD gerade im Wahljahr 2003 auch zusätzliche Unterstützung aus dem Lager der serbelnden FDP.



Kanton Thurgau



Asyl-Initiative, der Volksbetrug!

Wenn eine Initiative gesiedet wird und die Initianten beginnen, dafür Unterschriften zu sammeln, ist ein Begehren oft schon Jahre alt. Auch für das Sammeln der Unterschriften läuft eine Frist. Selbst nach der Eingabe in Bern können weitere Jahre vergehen, bis die Initiative dem Volke zur Abstimmung vorgelegt wird. Es ist somit verständlich und leicht erklärbar, warum Frau Bundesrätin Metzler in den letzten Jahren konsequent unseren Grenzschutz abgebaut hat. Sie ist dabei

soweit gegangen, dass ihre Partei, die CVP, viele linke und fragwürdige Hilfsorganisationen, ja selbst Kirchen, Kirchenräte, Äbte und Dekane die Öffentlichkeit zu einem Nein aufrufen konnten mit dem Argument, diese Initiative lasse sich nicht vollziehen. In Tat und Wahrheit können viele Grenzposten Richtung Schweiz und nach 18.00 Uhr mit ganzen Bussen voller Asylanten passiert werden, ohne dass überhaupt ein Grenzbeamter in der Nähe wäre. Selbst die

Grenzen im Felde sind viel durchlässiger und weniger bewacht. Darum haben CVP und Bundesrätin Metzler durchaus recht, wenn sie jetzt behaupten, die Problematik der Initiative liege in der Rückführung der Asylanten. Mit gutem Recht können unsere Nachbarländer Beweise verlangen, wenn wir Asylanten zurückschieben wollen – Beweise, die belegen, woher die Asylanten gekommen waren. Es ist also ganz klar, diese Asylinitiative funktioniert einwandfrei wenn unsere Grenzen bewacht werden, wie das noch vor vier bis fünf Jahren der Fall war.

Leider wurden diese Zusammenhänge im Abstimmungskampf viel zu wenig artikuliert und hinterfragt. Leider wurde Frau Metzler auch nicht gefragt, warum und mit welchem Rechte sie die Grenzkontrollen seit Jahren abgebaut habe. Niemand fragte die feine Dame, warum das Volk zu solchen Schritten nie befragt wurde! Kein Journalist ist auf diese Zusammenhänge gestossen, kein Redaktor hat sie hinterfragt. Darum meinen wir Schweizer Demokraten, dass viel mehr faul ist im Staate, als viele meinen. Wir sind überzeugt, die Asylinitiative wurde planmässig

vom Departement Metzler mit dem jahrelangen Abbau der Grenzposten «entschärft»! Da ist es dann für die CVP ein Leichtes, im Abstimmungskampf den Menschen klar zu machen, diese Initiative könne nicht vollzogen werden und müsse darum abgelehnt werden. Im Grunde muss einzig die Überwachung unserer Grenzen wieder garantiert und sicher gestellt werden, dann funktioniert die Rückführung ohne jedes Problem. Frau Metzler hat aber auch mit ihren fragwürdigen Sprüchen viele Mitbürger verärgert. Alle, die nicht wie sie wollen, nennt sie «Abschaffer» des Asyls per Verfassung und tut so, als ob ihr milliardenschwerer Asylleerlauf für Unwürdige aus aller Welt «die humanitäre Tradition» unseres Landes aufrecht erhalten würde... Hellhörige und kritische Medien müssten alle diese Zusammenhänge hinterfragen und ausleuchten; leider aber sind sie viel zu oft agierende Partei geworden und helfen den Regierenden aktiv mit, unser Land in eine bestimmte, linkspolitische Richtung zu fahren – weit entfernt vom Volkswillen und unserer direkten Demokratie.

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Zeitungen – eine Katastrophe!

Wieder einmal wurde nach Kräften zum 24. November Politik gemacht! Anstatt breit zu informieren, anstatt Regierungs- und Oppositionsparteien zu Worte kommen zu lassen, machen Redaktoren und Chefredaktoren reine Machtpolitik. Das «Tagblatt» (vom St. Galler Tagblatt kommend) hat fast keine Leserbriefe publiziert, dafür Meinungen der Redaktoren, deren Kommentare und Texte ihrer Gesinnungsfreunde! So durfte Frau Bundesrat Metzler mehrfach unvorstellbare Lügen und Verleumdungen gegen unser Volk aussprechen. Die Thurgauer Zeitung (Chefred. And. Netzle) brachte am Mittwoch, 10 Tage vor der Abstim-

mung in der Grossauflage einen dreckigen Forums-Artikel (unter «Thurgau») von alt NR Peter Schmid (Grüne) gegen unseren Präsidenten. Eine ebenbürtige Gegendarstellung (die am nächsten Mittwoch) ohnehin zu spät gekommen wäre, lehnte Netzle ab. Erlaubt wurde lediglich ein kleiner Leserbrief in der Samstagausgabe (16. 11.) – und dafür werde dann aber der ordentliche Leserbrief des Präsidenten nicht gebracht... ebenso müssten Partei-Stellungen draussen bleiben... Wahrlich, eine freie Presse und eine ebenso freie Meinungsbildung haben wir!

SD Thurgau, Parteileitung

Bundesrat Metzler, ein Skandal!

In einem Interview sagt die Dame laut Redaktor René Lenzin vom St. Galler Tagblatt «...dass das Asylrecht in unserem Land nicht per Verfassung abgeschafft worden sei. Es war eines meiner Kernanliegen, dass wir wirklich Verfolgten weiterhin angemessenen Schutz gewähren.» Diese Ungeheuerlichkeit in zwei Sätzen ist unvorstellbar! Die Vorlage hätte gar nichts abgeschafft, lediglich die Asyltouristen in die Schranken gewiesen. Das so eingesparte Geld hätte vorort und den wirklich leidenden viel Hilfe bringen können! Das Kernanliegen der Frau Metzler stimmt ebenfalls nicht, denn seit Jahren fördert und

finanziert sie einen ungeheuerlichen Leerlauf und ein Heer von Abgewiesenen, die ihre Papiere einfach vernichtet haben (500'000 Papierlose). Abgeschafft hätten wir einzig die Missbräuche unserer Asyleinrichtungen durch unwürdige Asyltouristen aus aller Welt. «Man weiss, dass es kriminelle Asylbewerber gibt, obwohl es sich zahlenmässig nur um wenige handelt, die unser Asylrecht missbrauchen», meint Frau Bundesrätin weiter... Ja Mensch, Frau Metzler, glauben Sie denn ernsthaft, dass alle Schweizer geistesschwach sind?

Bundesrat Metzler, ein Skandal!

Fortsetzung von Seite 9

Sind nicht über 90 Prozent der Geschwister nicht verfolgt? Betreiben diese Antragsteller also nicht den Missbrauch unserer Einrichtungen? Und was ist mit den über 500'000 Abgewiesenen? Ihre Verfahren kosteten unser Land Milliarden und um widerrechtlich ein-

fach bleiben zu können, haben sie ihre Papiere vernichtet oder verschwinden lassen...

Frau Metzler, Ihre Asylpolitik ist ein Skandal, mehr noch, Sie sind ein Skandal. Viele können Sie gar nicht mehr ansehen und stellen das Radio ab, wenn Ihre Stimmer ertönt! Wahrlich.

SD Thurgau, Parteileitung

Krankenkassen: Wichtige Info für alle!

Warum steigen und steigen die KK-Prämien in unserem Lande seit 1990 ohne Unterlass? Warum wird dem Volke nicht die Wahrheit gesagt? Ganz einfach, die «Wasser» der Wahrheit würden erneut auf die Mühlen der Schweizer Demokraten laufen... Etwa 45'000 neue (Ausländer) können die KK gemäss eigenen Angaben und Berechnungen pro Jahr verkraften, ohne die Prämien anheben zu müssen – sagen sie! Viele dieser Leute kommen mit sehr viel medizinischem Aufholbedarf oder sogar zu Erste-Hilfe-Aktionen in die Schweiz. Da liegen auch die Gründe, warum in unseren Spitälern der Ausländeranteil nicht 20% beträgt (offizieller Ausländeranteil), sondern oft das Doppelte oder Dreifache... Jetzt aber kommt der dicke Hund. Bundesrat und Departe-

mente reden von etwa 64'000 Ausländerzuwachs im 2001. In Tat und Wahrheit aber ist die Zahl der Einwanderer viel höher, nämlich etwa 108'000! Auf 64'000 ist das Bundesamt gekommen, nachdem von den 108'000 die pensionierten Heimkehrer (z.B. Italiener, Spanier etc.) abgezählt wurden – wahrlich ein fauler Zauber. Zu diesen 108'000 kommen nämlich noch Zehntausende von neuen Asylbewerbern, die ähnlich «gezählt» werden von den Regierenden. Weiter müssen dazu gezählt werden: Kurzaufenthalter, Internationale, Saisoniers und viele andere! Jetzt hoffe ich, dass jeder arme Steuerzahler und bedrängte Landsmann die Zusammenhänge sieht und Anderen die Infos weitergibt.

Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen

Kanton Zürich

Persönliche Erklärung von Rolf Boder, SD Winterthur

betreffend Ermittlung der Abstimmungsergebnisse im Kanton Zürich vom 24. November 2002; Nachzählung

«Ich fordere den Regierungsrat von Zürich hiermit auf, für die kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen im Kanton Zürich vom 24. November 2002 in denjenigen Gemeinden, in denen zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse technische Hilfsmittel eingesetzt worden sind, eine Nachzählung anzuordnen.

Das Bundesgesetz über die politischen Rechte schreibt in Art. 84 Abs. 1 vor, dass es für die Ermittlung der Abstimmungsergebnisse mit technischen Mitteln einer Ermächtigung des Bundes bedarf. In zahlreichen Gemeinden des Kantons Zürich sind die Stimmzettel des Urnengangs vom 24. November 2002 unter Zuhilfenahme von Maschinen gezählt worden. Der Kanton Zürich hat jedoch nie um die vom Gesetz verlangte Bewilligung des Bundes für den Einsatz solcher Geräte nachgesucht.

Das Nichtbefolgen einer gesetzlichen Vorschrift bei der Auszählung von Stimmen bedeutet eine «Unregelmässigkeit bei Wahlen und Ab-

stimmungen» im Sinne von §123 lit. a des Wahlgesetzes.

Die Bundeskanzlei hat diejenigen Kantone, in denen die Auszählung der eidgenössischen Vorlagen ohne Bewilligung des Bundes mit technischen Mitteln durchgeführt wurde, aufgefordert, eine Nachzählung vorzunehmen. Dies hat der Regierungsrat aus für mich unverständlichen Gründen verweigert.

Ich bin zwar davon überzeugt, dass es bei der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse im Kanton Zürich trotz dem unerlaubten Einsatz von technischen Geräten nicht

zu Verfälschungen gekommen ist. Dennoch ist es staatspolitisch von eminenter Bedeutung, dass schon beim geringsten Hinweis auf vorhandene Ungesetzlichkeiten noch einmal gezählt wird. Die Unterlassung, beim Bund die erforderliche Bewilligung für den Einsatz von technischen Mitteln einzuholen, und die Aufforderung der Bundeskanzlei, eine Nachzählung durchzuführen, müssten für die Regierung des Kantons Zürich ein zwingender Grund sein, die Abstimmungser-

gebnisse nochmals zu ermitteln. Es geht um nicht weniger als um das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtmässigkeit der Demokratie. Sollte der Regierungsrat meiner Forderung, eine Nachzählung anzuordnen, bis am 6. Dezember 2002 nicht nachkommen, wird der Sprechende gestützt auf § 123 des Wahlgesetzes innert der gesetzlichen 20-Tagesfrist Stimmrechtsbeschwerde einreichen, um auf diesem Weg die angebehrte Nachzählung zu erzwingen.»

1. Schweizer Demokraten-Jassen

Am Sonntag, 17. November 2002, fand erstmalig ein Jass-Turnier der Schweizer Demokraten im Restaurant Hörnli in Winterthur statt. Erfreulicherweise erschienen auch 16 Personen, davon viele junge Schweizer Demokraten, was die Organisatoren Rolf Boder (Kantonsrat und Regierungsratskandidat Zürich) und Elvira Kaese (Gemeinderätin Glattbrugg) sehr freute. Um 14.30 Uhr ging es mit Jassen los. Da das Zufallsprinzip galt, mussten alle eine Nummer ziehen, so dass alle gleiche Chancen hatten. Der Preistisch fürs Jassen sowie auch für das Lotto konnte sich sehen lassen. Dies war allerdings nur möglich, weil wir von Leuten wie Friedel Auf der Maur, Hansjörg Fischer und Gottfried Tobler mit grosszügigen Spenden für den Preistisch bedacht wurden. Die Früchtekörbe vom Lotto wurden von Ursula Fröhlich gespendet, die leider krankheitsbedingt abwesend war. Auf diesem Wege wünschen wir alle gute Besserung. Es wurden vier Runden gespielt, wobei nach jeder Runde wieder neu gelost wurde. Um 18 Uhr wurde uns dann ein Nachtessen serviert, dass von Rolf Boder offeriert wurde. Auch die wunderschönen Zinnbecher mit Gravur für die ersten drei Plätze wurden von Rolf Boder gespendet. Nach dem Nachtessen ging es dann zum Lotto. Auch da waren al-

le mit Begeisterung dabei. Circa um 20.30 Uhr ging dann der schöne und gemütliche Nachmittag zu Ende und jeder konnte etwas vom Preistisch mit nach Hause nehmen. Besonders möchten wir uns auch bei der Wirtin Heidi bedanken, die sich bereit erklärte, ihr Lokal nur für uns am Sonntag zu öffnen. Und im nächsten Jahr findet das 2. Jass-Turnier statt und die beiden Organisatoren Rolf Boder und Elvira Kaese wünschen sich, dass beim nächsten Jass-Turnier ihr auch wieder zahlreich erscheinen werdet.

Rangliste Jassen:

1. Paul Wietliesbach	3403 Pkte
2. Thomas Zollinger	3383 Pkte
3. Daniel Gmür	3322 Pkte
4. Hansjörg Fischer	3232 Pkte
5. Sabine Lehner	3146 Pkte
6. Martin Merz	3087 Pkte
7. Ueli Brassler	3066 Pkte
8. Daniel Lagler	3011 Pkte
9. Nicole Meier	2997 Pkte
10. Beat Schwammberger	2920 P
11. Josef Dängeli	2887 Pkte
12. Christian Wyss	2881 Pkte
13. Patrick Blöchliger	2272 Pkte
14. Gottfried Tobler	2205 Pkte

Ausser Konkurrenz: Rolf Boder mit 3250 und Elvira Kaese mit 2780 Punkten.

Lotto: Beim Lotto konnten Nicole Meier und Thomas Zollinger die beiden Früchtekörbe mit nach Hause nehmen.

V E R S C H I E D E N E S**Geistlichkeit auf dem Holzwege...**

Immer wieder haben mich afrikanische Christen ungläubig gefragt, warum wir in unserem Lande afrikanischen «Abschaum» empfangen und bewirten würden? Kein anständiger Bürger ihres Landes komme je zu Tausenden von US-Dollars, die für Schlepper, Pässe und Tickets in die Schweiz nötig seien. Man könne praktisch ohne Ausnahme festhalten: Nur Drogendealer, Zuhälter oder Staatsangestellte, die ihr Amt missbraucht hätten, könnten je zu diesem Gelde kommen. Kein anständiger Bürger eines afrikanischen Landes komme also als wahrer Flüchtling

in die Schweiz. Wie völlig unverstänlich wirkt da der Aufruf von Pfarrern und Dekanen, von Kirchenräten und sogar von Abt Martin in Einsiedeln, wir Schweizer sollten Nein zur vorliegenden Asylvorlage sagen. Wäre es nicht klug, wenn die Geistlichkeit inskünftig besser schweigen würde, als Unsinn zu verbreiten? Zudem könnte den wirklich Verfolgten und Armen in dieser Welt mit der unsinnigen Asyllumilliarde, die wir Jahr für Jahr für Asylerlauf verschleudern, enorm und vorort geholfen werden.

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Markante Bergkreuze im Südtessin

Am Anfang der Eidgenossenschaft stand Gott. In seinem Namen beginnt der Bundesbrief von 1291. Dies ist kein Mythos, wie das atheistische Professoren uns weismachen.

Der dreifach gesiegelte Brief liegt in Schwyz. Er beginnt «im Namen Gottes» und verspricht den Talen Schutz, Rat und Beistand innerhalb – und sogar ausserhalb – ihrer Täler.

Darüber Georg Thürer im «Bundesspiegel» (EX LIBRIS):

«Der Bund verdankt dem Christentum das Herzstück seines Wesens. Wenn er später das Kreuz zu seinem Zeichen erhob, so mutet es als Sinnbild grosser Dankbarkeit an.» Wenn man Schülern auch im Geschichtsunterricht von blutigen Schlachten berichtet, so hat jener «ewige Bund» uns doch vor viel Leid und Unglück bewahrt. Weit schlimmer haben Machtkämpfe und Umstürze unsere Nachbarn heimgesucht. Der «im Namen Gottes» beschworene und immer wieder erneuerte Bund hat uns vor



Motto della Croce, neues Kreuz von 2001 (altes 1901)

Schlimmerem bewahrt. Als von der Natur eher benachteiligter Landstrich wären Kriege für uns weit

folgeschwerer als für das vergleichsweise reiche Frankreich. Wir haben allen Grund dankbar zu sein. Des Christentums brauchen wir uns nicht zu schämen. Nach islamistischen Sprengstoff-Attentaten wird öfters auf vor tausend Jahren erfolgte Gräueltaten verwiesen. Ein unmöglicher Vergleich. Denn dabei spielten «auch politische und wirtschaftliche Motive» mit (Schweizer Lexikon 1991). Damals Handelswege, heute das Erdöl Unbestreitbar aber: Europa war wirklich durch kriegerische Reitervölker «im Namen Allahs» bedroht. Heute durch die gegenwärtige Völkerwanderung. Damals riefen Päpste die Franzosen und Engländer zu Hilfe. Man stelle sich den gegenwärtigen Papst vor. Bei aller Schwäche: Wir wollen uns des Christentums nicht schämen. Aber eine Aufbruchstimmung täte not!

Anlässlich der Jahrhundertwende 1900/1901 ging letztmals eine solche durch unsere Lande. Auf weithin sichtbaren Höhen richtete man

Kreuze auf. Im Tessin: auf dem Generoso, dem Salvatore, San Bernardo (über Comano), auf Sässora / Motto della Croce (über Tesserete, Bild) in der Leventina und anderswo. Eine bebilderte Schrift («Cent'anni del Crocione») erinnert daran, wie damals das eiserne Kreuz auf 1380 Meter hinaufgetragen (und 2001 ein gleichwertiges mit dem Heli hinaufgeflogen) wurde. Crocione bedeutet «groses Kreuz», in Dialekt Crosòn. In der Schrift findet sich eine Foto mit einer an diesem Kreuz zusätzlich flatternden Schweizerfahne. Alles «a perpetua testimonianza delle Fede cristiana», als immerwährendes Zeugnis christlichen Glaubens. Das eiserne Kreuz ist 10 Meter hoch und 5,3 Meter breit. Es ist bei klarem Wetter direkt über Tesserete auszumachen und auf Bergwegen zu erreichen. Es möge weitere hundert Jahre von dort künden von Christentum und Schweizertum.

Robert Berner, Rheinfelden

Ich und der Bundesrat oder die Arroganz von Bundesrätin Metzler

Wem noch nie aufgefallen ist, wie arrogant Bundesrätin Metzler am Fernsehen oder an Veranstaltungen auftritt, muss es spätestens seit dem 25. November wissen. Um 13.00 Uhr wurde im Radio DRS ein Interview mit der Bundesrätin über den Ausgang der Asylinitiative ausgestrahlt. Bei Ruth Metzler fing jeder Satz an mit «ich habe», «meine Meinung ist» usw., immer nur ich,

ich, ich. Kein einziges Mal sagte sie «Mein Departement», «Der Bundesrat...» Da habe ich nur folgenden Kommentar: In meiner Jugendzeit, als man noch nicht antiautoritär erzogen wurde, gewöhnte man jemanden, der einen Satz mit «ich und die anderen» anfangt, diese schlechte Gewohnheit ab mit dem Spruch «dr Esel goht vora».

Dr. Dragan Najman, Baden

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

JSD -Standpunkt

Heimattreu und sozial

Es müssen sich schon viele Leute gefragt haben, warum die Sozialisten so viele Anhänger haben. Ich weiss wieso! Viele Anhänger der Sozialisten sind ältere Arbeiter die Sozialisten von früher als Arbeiterpartei kennen gelernt haben und noch heute stur und fest behaupten, wir sind nicht link, wir sind Arbeiter.

Die finden selber auch, dass wir ein Ausländerproblem haben.

Was sie auch sagen ist, dass die kriminellen Ausländer zu wenig hart angefasst werden, oder im Asylwesen zu viel Geld gebraucht wird. Und dadurch sind sie auch der Meinung, dass die Schweizer zu kurz kommen. Aber es gibt sehr viele Wähler, die diese Sozialisten

wählen. Doch diese bekämpfen die Probleme nicht, sondern vergrössern sie. Aber die Wähler wollen nicht einsehen, was sie in Sachen Ausländerpolitik angestellt haben. Es sind alle Regierungsparteien schuld an diesen Problemen, mit ein paar wenigen Ausnahmen aus dem bürgerlichen patriotischen Lager.

Darum braucht es eine Partei, die sozial und patriotisch denkt und sich dementsprechend auch politisch durchsetzt. Wer sich durch diesen Bericht angesprochen fühlt, sei es als Mitglied, Aktivist oder natürlich auch als Sponsor, der meldet sich bei:

*Andreas Beyeler,
Vizepräsident JSD, Worben*

Asylinitiative: Bundesrat beim Wort nehmen

Traut der Bundesrat in der Asylfrage den eigenen Bürgerinnen- und Bürgern nicht mehr? Es scheint so! Wenn der Bundesrat seiner Asylpolitik, die er in den letzten Jahren betrieben hat, trauen würde, müsste er kaum vor der Asyl-Abstimmung noch dermassen «weibeln». Er brauchte auch keine Angst zu haben, dass umgekehrt das Volk plötzlich dem Bundesrat nicht mehr traut und die Initiative annimmt. Der Chef des Bundesamtes für Asylwesen wird nicht müde zu erwähnen, wie gut man die Sache im Griff hat und wie wenig das Asylwesen kostet. Wenn ich das höre, muss ich annehmen, dass es bezüglich Millionenkosten im Asylwesen verschiedene Statistiken gibt. Mir kommt, wie vielen Leuten in unserem Land, eine solche Asylpolitik wirklich sehr verdächtig vor. Ich wurde bis heute

von vielen Politikerinnen- und Politikern, besonders vor Abstimmungen, schon so häufig angelogen, dass ich nicht mehr weiss, wem ich noch glauben darf und wem nicht. Hat man sich in den letzten Jahren in der Asyl- und Überfremdungsfrage wirklich so musterhaft verhalten? Ich glaube, dass eher das Gegenteil der Fall ist. Nach meinem Dafürhalten war man in den letzten Jahren bezüglich Asyl- und Überfremdungspolitik viel zu blauäugig, zu ungeschickt und oftmals auch zu unehrlich. Möglicherweise fehlt einigen Leuten aus der «hohen Politik» auch die Bürgernähe, sonst würden sie die Angst vor Überfremdung spüren, die in grossen Teilen unserer Bevölkerung vorhanden ist. Deshalb: Echte Flüchtlinge ja, Wirtschaftsflüchtlinge nein!

Walter Krebs, a. Stadtrat, Bern



Liebe Leserinnen und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr Leserbrief ist, um so eher sehen wir die Möglichkeit einer Publikation.

Ihre SD-Redaktion

Zum Advent: Die Zeit, in der wir leben

Die diesjährige Ernte war gut und wir können uns nicht beklagen. Die Trauben sind gekeltert – der Wein wird sicher gut, die Äpfel sind auch gepflückt und die Kartoffeln eingelagert. Es wird also jetzt abgeräumt. Im Garten leeren sich auch die Bäume und die Beete – was bleibt, wird zugedeckt, und es wird draussen bald ruhig sem. Worauf warten wir denn noch – haben wir denn nicht schon alles? Wir haben genug zum Essen, genügend Kleidung, genug Wohnraum, genug Scheidungen, genug Drogenabhängige, genug Ausländer, genug Kriminelle. Wir haben doch genug! Viele sagen, wir haben doch mehr als genug – andere sagen, es reicht, es muss doch was geschehen. Wir brauchen doch mehr! Wir brau-

chen aber mehr Mitgefühl und mehr Solidarität für Tausende von armen Menschen im eigenen Land – fürs eigene Volk! Mehr Umweltbewusstsein, mehr Wärme, mehr Gerechtigkeit, mehr Frieden und mehr Freude, mehr Liebe und Zuversicht. Das sind Früchte, welche wir nicht einfach ernten und verwerten können wie Trauben, Äpfel oder Kartoffeln. Sie müssen heranreifen, und das braucht Zeit. Wir aber können viel dafür tun und fühlen uns doch immer wieder ohnmächtig und hilflos vor dieser Aufgabe. Also warten wir doch – auf was – auf wen? Nichts als warten, abwarten und erwarten?

Walter Lienhard,
alt SD-Grossrat, Buchs

Zu viele Ausländer ruinieren die Schweiz

Vor kurzem ging die Meldung durch die Medien, dass ein Drittel der Lehrer unseres Landes amtsmüde, d.h. überfordert und unglücklich in ihrem Beruf sind. Das ist eine Meldung, die nicht nur alle Eltern, sondern alle Schweizer aufschrecken sollte. Der Andrang der ausländischen Schüler ist nicht mehr zu bewältigen. Es gibt ja bereits Klassen mit mehr ausländischen als Schweizer Schülern. Die Hauptlast tragen die Schweizer Schüler, weil die Lehrer sich vor allem mit den Ausländerkindern und deren Sprachschwierigkeiten abgeben müssen. Fragen Sie einmal einen Kantilehrer. Das Bildungs-

niveau der Schweizer Schüler ist stark gesunken. Die Schweiz zählte Ende 2001 1'419'095 Ausländer, also rund 20 Prozent der Bevölkerung.

Das liegt turmhoch über dem europäischen Durchschnitt, der nur 4–6% Ausländeranteil beträgt. Allein im Jahr 2001 passierten 100'000 Ausländer die Schweizer Grenze. Nicht nur die Schule, sondern auch unsere Fürsorgeeinrichtungen sind total überfordert. 40 Prozent der Leistungen der Fürsorge und annähernd die Hälfte der Arbeitslosengelder gehen an Ausländer.

Arnold Guillet, Stein am Rhein

War die Expo.02 repräsentativ für die Schweiz?

Ist es nicht erstaunlich, wie sehr die Meinungen der Expo-Besucherinnen und -Besucher und der teils aus Protest zu Hause gebliebenen Schweizer auseinander gehen? Warum stellt niemand die Frage, wie eigentlich eine Landesausstellung inhaltlich aussehen muss, um würdig Land und Volk zu vertreten? Es darf doch keine x-beliebige Ausstellung oder gar ein Rummel-

platz für alles Mögliche sein. Nein, eine Landesausstellung erhebt zwangsläufig Anspruch auf eine naturgetreue Wiedergabe der Identität des ausstellenden Landes, wo immer in der Welt sie steht. Der Inhalt hat sich auf die tragenden Säulen des Landes zu beziehen, wie etwa seine Geschichte, sein Brauchtum, seine heutigen weltweit verbundenen Wirtschaftsbe-

triebe und nicht zuletzt seine Landesverteidigung.

Wenn aber – wie derzeit in der Schweiz – einer eher umstrittenen «Kultur- und Künstlergruppe» alle Narrenfreiheit eingeräumt wird, eine ganz nach ihrer Sicht aufgebaute Expo zu präsentieren, ohne nach konkreten Inhalten zu fragen, dann scheint mir auch die derzeitige Landesregierung für Erfolg oder Misserfolg mitverantwortlich zu sein. Kein Wunder, dass auf diese Weise auch die mehrmals geforderten Zusatzkredite in Millionenhöhe problemlos bewilligt wurden. Man wusste doch eigentlich im vornherein, dass die gleichen ideo-

logisch wirkenden «Kulturschaffenden» bereits an der Weltausstellung in Sevilla den faulen Slogan platzierten: «Die Schweiz existiert nicht!» Nach all dem, was an der abgelaufenen Expo.02 passierte, fragt man sich schon, ob nicht gar die Absicht bestand, jenen zersetzenden Slogan weiterzuspinnen. So bleibt all denjenigen, die wissen, was zu einer Landesausstellung gehört, lediglich, die vor allem nach aussen verloren gegangene Identität unseres Landes wieder zu korrigieren und anlässlich traditioneller Feste wieder ins Lot zu bringen.

Albert Stocker, Riniken

Wie weit darf «Glaubensfreiheit» gehen?

Gedanken zur eidg. Volksinitiative «Gegen das betäubungslose Schächten» sowie den Import und Vertrieb von geschächtem Fleisch unbetäubter Tiere

Was ist «schächten»? Bei diesem «religiösen Ritual» wird dem Schlachtvieh ohne Betäubung die Kehle durchgeschnitten, um es danach bei vollem Bewusstsein ausbluten zu lassen. Eine für mein Empfinden grässliche Tierquälerei, welche auch aus diesem Grund laut unseren geltenden Tierschutzgesetzen verboten ist. Gewisse Glaubensgemeinschaften wollen nun dieses Schächtverbot aufheben, oder zumindest für die Durchführung von «Glaubensritualen» lockern. Als ob nicht schon genug Grausamkeiten auf dieser Welt im Namen des Glaubens geschehen würden. Zudem ist daran zu erinnern, dass kein Bauer (laut Gesetz) auch nur den kleinsten Eingriff bei seinen Nutztieren ohne Betäubung der Tiere durchführen lassen darf. Bei der Vielzahl an Völkergruppen der verschiedensten Glaubensrichtungen in unserem Land werden bei einer Aufhebung des Schächtverbots «Folgebegehrlichkeiten» unter dem Deckmantel der «Glaubensfreiheit» nicht lange auf sich warten lassen. Mich interessiert, ob Frau Bundesrätin Dreifuss auch dann, wenn z.B. eine Völkergruppe «Menschenopfer» oder andere mit unseren Gesetzen unvereinbare «Rituale» praktiziert, immer noch bei ihrer Aussage bleibt: «Für mich ist dies eine Frage der Glaubens- und Gesinnungsfreiheit. Wer sich davon distanziert, massiert sich Kritik an religiösen Werten an, die gewissen Menschen wichtig sind. Das möchte ich nicht.» Für mich hört Religionsfreiheit dort auf, wo sie zu solchen Grausamkeiten gegenüber wehrlosen Geschöpfen führt. Wer die Sendung «Stern-TV» im Fernsehen «RTL» zum Thema «Lebendtiertransporte» gesehen hat, den überkam blankes Entsetzen. Tausende von Rindern, wovon ein grosser Teil zum Schächten be-

stimmt ist, werden jährlich unter den schlimmsten Bedingungen quer durch Europa an die Jugoslawische Küste transportiert. Rinder, die für den Weitertransport per Schiff den Bahnwaggons wegen schweren Verletzungen, z.B. Becken- und Beinbrüchen, nicht mehr aus eigener Kraft verlassen können, werden mittels Elektroschock hochgequält. Nützt auch diese «Methode» nichts, werden sie mit Gabelstaplern an das bereitstehende Frachtschiff gekarrt, dort an einem Bein angebunden und per Kran in den Schiffsbauch gehievt. Dass dabei auch noch das vielleicht letzte gesunde Bein des Rindes bricht und das Tier mit diesen schmerzhaften Verletzungen noch eine Schiffsreise von mehreren Tagen bis zum Bestimmungshafen in einem das Schächten praktizierenden Land überstehen muss, ist den skrupellosen Geschäftemachern egal. In welchem Zustand die Tiere am Bestimmungsort ankommen, ist nicht wichtig. Hauptsache sie leben noch, denn für lebend ankommende «Ware» werden Subventionen von ca. 500 Euro pro Rind von der EU ausbezahlt. Stimmen wir dem Import von geschächtem Fleisch zu, unterstützen und tolerieren wir diese Tierquälerei. Wir haben vom Volk gewollte Tierschutzgesetze, die für alle Einwohner bindend sind. Alle Personen aus fremden Kulturen sind freiwillig in unserem Land und haben demzufolge unsere Gesetze zu respektieren und nicht umgekehrt. Die «Freiheits-Partei Schweiz» hat deshalb an der Delegierten-Versammlung mit nur einer Gegenstimme beschlossen, die Initiative «gegen betäubungsloses Schächten» zu unterstützen. Für die «Freiheits-Partei» gibt es keine Legitimation, also auch keine religiöse, für diese grausame Tierquälerei.

Christine Weiss, Watt,
Präsidentin FPS Kanton Zürich

Die SD schliessen sich dieser Einschätzung an.



Les vraie cause de la xénophobie des Suisses.



Mary Meissner

Que d'encre a coulé sur ce sujet récurrent, depuis la première initiative Schwarzenbach! Le professeur Uli Windish dans son livre intitulé «Suisse-Immigrés, quarante ans de débats», constate que la virulence des réactions du début de notre lutte contre la surpopulation étrangère, s'est calmée au cours de ces 40 ans et peut être à cause des résultats négatifs dans les différentes initiatives qui se sont succédées durant ce laps de temps. Il y a aussi le fait que nonobstant les refus populaires, des dispositions ont été prises pour réduire l'afflux de réfugiés

de toutes sortes, même si la solution est loin d'être atteinte.

Il ne suffit pas de parler de soupapes politiques qui ont calmé l'ire des citoyens bafoués continuellement, pour jeter l'anathème aux connotations racistes sur la population qui rue à chaque débordement et comme le fait ce professeur, prétendre que les Suisses ont une approche particulière vis-à-vis des migrants. Il oublie et beaucoup d'autres individus avec lui, que nous vivons en territoire restreint et que nous voyageons beaucoup. Alors la peur s'installe dans nos esprits et devant notre porte. Quel est le Suisse ou la Suisse qui n'a pas eu des sursauts de dégoût en passant dans des rues sales et remplies de débris de certaines villes en Inde, ou en Amérique du Sud? N'avons nous pas eu un recul d'horreur devant les favelas et les milliers de pauvres hères qui mendient, vivent dans ces bidons villes sans hygiène, couchent sous des amas de carton ou à côté de caniveaux coulant entre les abris de

fortune. N'avons nous pas eu un haut le cœur à Bombay où des gens à moitié nus vendent des cartes postales dans leurs mains purulentes? Ou bien se tiennent accroupis devant des tuyaux en ciment qui leur servent d'habitat? Même à Paris pas loin de chez nous, n'avons nous pas eu pitié en voyant des dizaines de sans abris couchant sous les ponts et sur les bancs publics?

Notre éducation et notre mentalité innée du propre en ordre, nous poussent à rejeter instinctivement ces perspectives que promettent une arrivée massive et incontrôlable de demandeurs d'asile, de clandestins et d'illégaux. A Genève, le manque de logements chronique avive ce sentiment d'insécurité qui bouleverse notre façon de vivre et de conséquence pourrait nous obliger à vivre de la même façon! N'avons nous pas frémit d'horreur devant les camps de concentration, surtout en imaginant que nous pourrions y être un jour?

Avec l'ouverture des frontières à

25 pays et la propagande des bien-pensants qui veulent ouvrir les bras au monde entier, nous devons nous attendre à voir s'installer au cœur de nos villes des sans papiers, des SDF, des enfants malades ne parlant pas notre langue, des vendeurs qui viendront sonner à longueur de journée à nos portes pour vendre n'importe quoi et des halls d'immeubles servant de dortoirs.

Jusqu'à présent, nos autorités se mettent sur la tête pour offrir à tous un toit, même s'il s'agit d'abris atomiques, mais jusqu'où pourrions nous faire face? La Turquie fait le forcing pour entrer dans l'UE. La Roumanie aussi avec ses Roms. Voilà un autre danger de surpeuplement incontrôlable officialisé donc imposé.

La xénophobie pour les Suisses, ce n'est pas le racisme, c'est la peur de devoir accepter de renoncer à notre propreté, à notre hygiène et à notre confort, surtout que nous vivons dans un climat ne nous permettant pas de vivre dans des pailloles et en sandales toute l'année.

Le Pileri

La planète devra supporter d'autres attaques

Notre pauvre terre pensait qu'elle était tranquille avec ses forêts, ses fleuves, et ses animaux y compris les êtres humains naturellement, et qu'elle pourrait continuer son petit bonhomme de chemin pour l'éternité. Et voilà qu'elle est malade de toutes parts. Ces animaux à deux pattes avec un cerveau tordu, inventent la bombe atomique, les gaz dangereux, les virus incontrôlables, les feux de forêts, la pollution des eaux et de l'air, et le bétonnage du sol. Par dessus le marché, les ethnies et les animaux étaient bien répartis dans leurs domaines particuliers, afin de ne pas se marcher sur les pieds ou empiéter sur la propriété des voisins. Mais cela aussi se met à bouger aggravant l'équilibre divin. Point n'est besoin de souligner les migrations de requérants d'asile ou de réfugiés qui déstabilisent de plus en plus l'équilibre mondial, et qui, jusqu'à présent, suivaient la courbe des événements.

Maintenant ce phénomène vient d'être officialisé par le renforcement de l'Office International des

Migrations (OIM), basé comme de bien entendu à Genève, qui vient d'inclure dans ses rangs le Cambodge, le Kazakhstan, le Nigeria, le Rwanda et le Zimbabwe, les pires Etats les plus mal gérés qui reçoivent le blanc seing de l'ONU, ce qui présuppose l'aide au déplacement de ces populations déshéritées par la faute de dirigeants mafieux, qui viendront augmenter la masse des migrants de toutes sortes attendant devant notre porte.

Le m'as-tu vu des Français

Ce matin aux nouvelles concernant l'ADN des souris que les chercheurs genevois viennent de compléter entièrement ouvrant ainsi la voie à des applications décisives pour guérir la sclérose en plaques, le cancer, ou le SIDA, la radio suisse romande a cité la source de ces découvertes, mais la France s'est gardée, tout en diffusant ce scoop, de dire que c'étaient des Suisses qui avaient la primeur. A les entendre, la tournure des phrases laissaient libre cours à l'interprétation française de ces découvertes. Le speaker n'a jamais cité les chercheurs genevois. Après les sports dont les résultats sont systématiquement tronqués lorsqu'il s'agit de première place dans les compétitions, voilà la recherche scien-

tifique qui est malmenée. Merci Français. Je demande à nos médias de leur rendre la pareille au lieu de nous abreuver journalièrement des performances franchouillardes.

Bilatérales inutiles

Pourquoi s'acharner à aller discuter avec les délégués de l'UE pour obtenir de justes compensations appliquées, après signature, à la six-quatre-deux. Ainsi la libre circulation des personnes est un mythe. Alors que la Suisse vient d'octroyer 6000 permis de travail aux ressortissants de l'UE (en supplément des permis en cours pour les frontaliers), les Suisses rencontrent des refus de la part de certains pays comme la Belgique, le Luxembourg, le Portugal, l'Italie, l'Espagne et la Grèce qui pinaillent sur les permis et ne lèvent pas le petit doigt pour faciliter l'obtention des papiers, comme c'est prévu dans les accords bilatéraux. Le Comité Suisse-UE a été informé de ces problèmes qui vont être examinés, mais cet organisme ne se réunit que deux fois par an. Donc, les Suisses qui veulent aller s'établir en Union européenne, doivent impérativement demander les prospectus imprimés en six langues avant de se lancer dans d'inutiles démarches.

Donc à quoi servent les bilatérales et surtout on peut se demander pourquoi la Suisse officielle fait preuve de tant de timidité pour défendre les droits de ses citoyens.

Cimetières et musulmans

Beaucoup de musulmans établis en Europe et en Suisse, affirment qu'ils n'ont aucune revendication vis-à-vis de leurs hôtes et qu'ils se conforment à leurs lois. Ces déclarations d'intention étaient plausibles lorsque ces gens étaient dispersés en Europe chrétienne, mais leur nombre devenant très important, les revendications commencent à pointer leur nez. Quelques noms connus admettent implicitement les contraintes de la charria, les femmes s'accrochent au port du foulard comme preuve distinctive de leur appartenance religieuse, et à Genève, aujourd'hui, la paix des morts est remise en question. Les musulmans exigent des carrés confessionnels pour leurs adeptes. Sans vouloir polémiquer sur une question de droit qui, justement appliquée ne provoquait à ce jour aucune vague, il devient urgent de se poser la question du nombre qui fait force de loi. Nous avons toujours souligné qu'une communauté

Les multinationales attaquent à travers l'OMC

Mercredi soir à Genève, Suzan Georges, la présidente d'ATTAC France, mettait en garde notre pays et les autres pays faisant partie de l'OMC, contre l'Accord général sur le Commerce des Services (AGCS). Il paraît que quelques Etats négocient en secret ce montage complexe, pilier important de l'OMC qui se met en place contre vents et marées menaçant à terme *tous les services publics*.

A la conférence de Doha en 2001 les Etats ont fixé des échéances pour communiquer la liste des services qu'ils souhaitent voir libéraliser. Grâce à des fuites on a découvert que l'UE réclame la totale ouverture des marchés de la poste, de l'énergie, des transports, du traitement des déchets et DE L'EAU. En France, pour ne parler que de ce voisin, les multinationales comme Vivendi et la Suez-Lyonnaise des Eaux sont en position de force sur le marché de la distribution d'eau potable et du traitement des eaux usées.

A voir les remous que nous venons d'avoir en Suisse concernant le marché de l'électricité, de la poste et les palabres qui se mettent en place sur la recherche et les Universités, on peut s'attendre à recevoir des coups de boutoir au sujet de l'eau aussi féroces que ceux sur le secret bancaire.

Il faut y ajouter maintenant les revendications incluant les études universitaires et la recherche, parce que les Etats Unis viennent de proposer à Bruxelles d'inclure dans la libéralisation des services, l'éducation. Le document en mains de l'Union européenne réclame notamment la levée des restrictions qui ne permettent qu'à des institu-

tions nationales d'octroyer des diplômes et définir leurs critères d'admission pour l'enseignement supérieur et la formation non professionnelle, les domaines les plus lucratifs. Par exemple l'Université de Phoenix en Arizona, qui est la plus active au sein de l'AGCS, pourrait proposer ses services aux porteurs de maturité et à ceux et celles qui ne remplissent pas les conditions pour entrer à l'Université, et moyennant 25'000 \$ par an, un meilleur diplôme qu'en Suisse. Il y a déjà 50'000 étudiants qui paient pour suivre leurs cours via Internet *E-LEARNING*, depuis Londres, le Mexique ou la Chine. Le comble, c'est que le diplôme d'ingénieur par exemple est périmé après trois ans.

On voit d'ici la fuite des professeurs vers les USA, une éducation à deux vitesses où seuls les plus fortunés pourraient monter dans l'échelle sociale et obtenir les postes importants et les mieux rétribués, ravalant au strict *business-monney*, les vraies vocations qui perdront le sens moral et pensée critique. Que cache cette décision d'octroyer ces 17 milliards à la recherche en Suisse? Y a-t-il des arrangements secrets pour nous lier encore plus à l'U.E.? Je ne dis pas que c'est une mauvaise chose en soi, mais vu ce qui précède, cela devrait nous mettre la puce à l'oreille.

La situation est d'autant plus grave que l'échéance est fixée au 31 mars 2003 pour formuler les réponses aux demandes de libéralisation. Comme les détails ne seront connus qu'au moment de ratifier l'accord, on peut prévoir que les con-

cessions bilatérales secrètement mises en place entre quelques pays, seront obligatoires pour tous les autres membres de l'OMC après la date butoir de janvier 2005.

Il serait temps que les partis prennent sérieusement en main cette question. Ils devraient déposer des motions et des demandes précises au Conseil Fédéral, et pourquoi, justement aujourd'hui, il accorde 17 milliards de francs pour la recherche et l'éducation, et pourquoi est entré le cheval de Troie mis en place par les multi nationales qui prennent dans leurs filets des services comme la poste, les SIG, les transports, qui fonctionnaient très bien jusqu'à présent, et dans lesquels la pagaille s'installe.

Il y a par exemple la question d'une amélioration substantielle de l'accès aux marchés agricoles. En parallèle, l'art. 6 qui prévoit que toute législation «plus rigoureuse qu'il n'est nécessaire pour assurer la qualité du service», devrait être supprimée. Comme il appartient à l'OMC d'arbitrer les litiges on peut prévoir des capitulations en série, ou des procès en série, vu que les politiques étatiques sont trop rigoureuses dans leurs normes environnementales.

L'UDC qui vient de se signaler dans ses prises de position lors des votations du 24 novembre, ne doit pas oublier que c'est d'abord un parti paysan et qu'il est de son devoir de s'informer plus à fond et très vite des tenants et aboutissants de l'AGCS afin de prendre les mesures qui s'imposent au sujet de l'agriculture, et de toute la paysannerie en général.

Maria de Seimners

Le Piloni

Suite de page 13

qui devient importante, risque de submerger les autochtones avec des revendications spécifiques, comme au Sri Lanka, où les Tamouls du Tamil Nadu indien demandent l'autonomie du Nord de l'Ile, ou les musulmans chez nous demandant une place spéciale dans nos cimetières.

Il n'est pas besoin d'utiliser des canons pour imposer ses croyances quelles qu'elles soient, puisqu'il y a d'autres moyens plus subtils qui prennent pour base les Droits de l'Homme ou la conception démocratique.

Octopus

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Nouvelle chasse au fric

Voici venir un «remake» américain de l'affaire des comptes en désérence. Pour noyer le poisson, Michel Neusfeld avocat soutenu par Charles Abraham, a déposé une plainte à New York contre plusieurs banques et autres entreprises internationales, mais en fait dirigée spécifiquement contre les banques suisses qui auraient été impliquées avec le régime sud africain d'apartheid. Comme si les banques s'étaient engagées dans le monde entier, à contrôler but de leurs prêts.

La Banque Mondiale et le FMI seront-ils dans un futur proche ou lointain, accusés d'avoir distribué de l'argent aux régimes qui tuent aujourd'hui leurs propres citoyens parce qu'ils sont de religion autre que celle du régime en place? D'autre part, je me demande si

vraiment les Etats Unis qui jouent sur la morale (sous entendant dollars), n'ont pas des établissements qui ont, eux aussi, eu des rapports financiers avec l'Afrique du Sud pendant ces longues années? Je sais que nombre de zoos ont acheté des animaux à cette époque et que les diamantaires n'ont pas rechigné à tailler et revendre les diamants de Beers. Il n'y avait pas seulement les places d'Anvers ou d'Amsterdam!

Donc, conclusion, nos banques et autres entreprises soi-disant impliquées post factum avec des firmes sud africaines au temps de l'apartheid, doivent répondre que tant que les nombreuses sociétés étasuniennes responsables au même titre qu'elles, des mêmes affaires commerciales ne seront pas d'abord jugées, elles ne donneront au-

cune suite à cette nouvelle mascarade.

Ce qui est incompréhensible aussi, est le fait que n'importe quel illuminé ayant le titre d'avocat aux USA, puisse déposer des plaintes entraînant des multinationales dans d'énormes frais judiciaires inutiles sans que la communauté universelle et la Ligue des Droits de l'homme n'intentent à leur tour des contre procès pour obliger ce gendarme du monde à changer ses lois stupidement iniques. Dans quel monde vivons-nous ou nous laissons nous entraîner sans réagir? Pas de discussion et claquer la porte au nez, voilà ce qu'il faut faire. Qui s'excuse, est en position de faiblesse, qui discute ouvre la porte à d'inutiles palabres.

Charlotte Morel

Le viol des foules par des logiques douteuses

Il y a une semaine, le Forum social européen à Florence s'est terminé sur les plans d'avenir du «Mouvement pour une nouvelle Europe en perspective».

Ces mouvements de protestation qui essaient de s'organiser sont louables. Au cours de ce Forum de bonnes et belles idées sont sorties d'une volonté commune de changer le mondialisme totalitaire qui se met en place, au détriment de la légalité sociale. Tout le social que les populations s'évertuent à mettre en place depuis la nuit des temps. A mon sens, il n'y a qu'une chose qui cloche. C'est la revendication afférant à l'ouverture totale et sans contrôle des frontières européennes aux migrants du monde entier, car il n'y a eu aucune motion proposant de désigner le genre de migrants en cause. Cette résolution porte atteinte au droit des peuples de disposer d'eux mêmes et met en danger les droits de l'homme qui se terminent où commencent ceux de l'autre.

Dans une telle perspective qui deviendrait force de loi, toutes les constitutions nationales devraient être changées, les programmes scolaires harmonisés abstraction faite des langues, et ce serait le commencement de guerres intestines fomentées par les croyances religieuses et leur adaptation au nombre de fidèles. Aborder un tel sujet d'une façon superficielle sans aller au fond des conséquences à court et long terme, ouvre la voie à plus de problèmes que de solutions.

J'en reviens au livre du «Camp des Saints» de Raspaël, qui a décrit avant la lettre, l'arrivée de bateaux rouillés et pourris remplis de demandeurs d'asile s'échouant sur les plages de l'Europe. Sa vision s'est réalisée et, comme dans le livre, nous ne sommes pas en mesure de contrer ces vagues d'immigrants qui débordent à Sangate et qui réussissent à emprunter tous les moyens de transports terrestres imaginables pour s'installer chez nous.

Comme Raspaël on peut prévoir que les Européens se terreront bientôt dans des camps retranchés, cédant la place aux millions de pauvres du monde entier qui, faute d'organisation politique, économique et sociale, au milieu d'une tour de Babel et manquant de compétences financières et industrielles, détruiront notre environnement fragilisé par nos propres excroissances.

Certains journaux félicitent ces mouvements issus de bons sentiments. Ne devraient-ils pas, puisqu'ils se veulent la conscience du peuple, mettre en garde les utopistes agissant de manière anarchique? Lorsqu'on fait de telles propositions, il faut les assortir de solutions viables ou ne pas s'embarquer dans des Forums spendieux, partiellement inutiles et violant des foules à la manière de Marx, Engels, Hitler ou Mussolini (ou Bush aujourd'hui).

Mary Meissner, Genève

Heureusement, nous ne sommes pas membre de l'U.E.

La question qui va se poser dès l'entrée des pays de l'Est dans l'Union européenne sera: **Quelles sont les frontières réelles européennes?** Si la Turquie qui insiste pour faire partie de cette coalition y fait son entrée, il sera difficile de dire que l'Europe va au-delà du Bosphore islamique et Giscard d'Estaing l'a bien compris puisqu'il a mis en garde ses collaborateurs. *En somme plus l'Europe s'élargira, moins elle existera.*

Mais la tendance à métiliser et mélanger tout et n'importe quoi, déteint forcément dans la sauce politique. N'a-t-on pas déjà des étrangers dans les équipes nationales de foot? L'Eurovision ne présente-t-elle pas des chanteurs et chanteuses venant d'autres continents? Les plats dans notre assiette passent souvent les frontières quitte à oublier les recettes de nos grand-mères! Même la musique a de plus en plus de mélodies venant d'Outre-mer. Où se situe vraiment

l'Europe dans cette Tour de Babel? Pour aller plus loin dans cette analyse, nous pouvons douter que l'Europe en tant que telle n'a plus son libre arbitre, puisqu'inféodée à l'OTAN.

Quant à la monnaie artificielle qu'on appelle Euro, elle a été créée pour faciliter des transactions internationales, polluer les Bourses et être mieux avalée en temps voulu par le DIEU dollar. Un pays et d'autant plus une Union qui se veut forte et indépendante, sera vassalisée à plus ou moins long terme, comme la Tchétchenie, ou la Palestine. Au lieu de canons il y aura les faillites et les affaires pires qu'Enron, Swissair ou Elf.

Pourquoi dépenser tant d'énergie et de fric pour une mort annoncée? Alors pour la Suisse, dans ou en dehors de l'Union européenne, cela ne fera aucune différence pour participer comme membre à part entière à cet enterrement.

Charlotte Morel

Un beau cadeau de Noël

avec le quatrième livre de notre fidèle correspondante

Mary Meissner qui vient de sortir de presse.

«Un bleu Mosaïque» (283 pages)

Cette lecture vous emmènera dans un superbe voyage autour du monde à travers les articles de presse que Mary Meissner publia tout au long de sa carrière dans l'aviation. Ce roman touristique-érotique relate l'histoire d'une jeune Américaine qui cherche un mari dans une trentaine de pays sur les soixante



que notre correspondante (ex rédactrice en chef de Peuple et Patrie) a visité. La solution est surprenante. Vous pouvez commander ce livre à l'adresse du secrétariat à Berne, au prix de fr. 40.-. Sur chaque livre vendu, fr. 10.- seront reversés au parti qui en a bien besoin. Solidarité oblige.

De ne pas oublier

En ce qui concerne le nombre de requérants d'asile par pays, **la Suisse** n'a pas à rougir car avec ses **41'293 km²** et sa population d'environ **6'000'000 d'habitants**, ce qui n'est même pas la population de la ville de **Londres 6'678'000 habitants**, elle a 3 fois, voir 4 fois plus de requérants que des pays comme par exemple **la France de 549'000 km²** sans les T.O.M. (territoires d'outre-mer) pour **55 millions d'habitants** ou **l'Allemagne de 583'000 km²** pour **78 millions d'ha-**

bitants. Vouloir se comparer aux pays limitrophes, c'est comparer l'incomparable, c'est même de la bêtise! A ceux qui prêchent que pour la votation sur l'asile du 24 novembre 2002 il faut se montrer clairvoyants, généreux et ouverts, je répondrai qu'il faut d'abord se montrer lucides et surtout en mettant son bulletin dans l'urne, qu'il ne faut pas oublier que bon et bête commencent par la même lettre!

Madeleine Grossenbacher, Köniz

Saint Gall se distingue

Il s'agit là-bas de chèvres naines qui ont été maltraitées par des inconnus à Bronschofen. Elles ont reçu des coups à la tête, des pierres et des balles d'armes factices. Trois d'entre elles ont été empoisonnées avec des insecticides. Plusieurs autres ont eu la queue sectionnées. L'agressivité de malades mentaux sort des bus, des trains et de la rue pour empoisonner nos campagnes. D'autres salopards ont attaché une pauvre petite chatte rousse à un banc dans un parc et ont mis le feu à sa belle fourrure. Elle n'est pas morte tout de suite et son pauvre petit ventre blanc tressaillait encore lorsque la police a essayé de la sauver.

Dans quel monde vivons nous? Cette question est bien inutile puisque la réponse se trouve dans les eaux mazoutées qui déferlent sur le littoral portugais et espagnol. Combien d'oiseaux, de poissons et de coraux vont mourir misérablement et disparaître à jamais?

Mary Meissner

L'Océan est en deuil

*O! vous, milliers d'oiseaux dont la tragique mort.
Eveille peu d'écho dans ce monde en folie,
ne pensant qu'à l'argent d'un pétrole orné d'or;
vous n'aurez même pas dans une presse amie.
L'histoire avilissante, ces galets souillés.
Par vos corps englués aux ailes prisonnières.
Pauvres oiseaux mourant dans le ressac salé,
sous un ciel encore bleu d'une belle lumière,
alors que lentement, une mortelle ivresse.
Ecrase vos moignons de mazout infecté,
vous cachant l'air, le vent, un espace enchanté.
Où vous dansiez amis, avant que la détresse.
N'emporte votre joie vers l'Océan en deuil.*

Mary Varsovie

SD-Motion zur Nachzählung der Asyl-Abstimmung eingereicht

SD-Zentralsekretär und -Nationalrat Bernhard Hess hat im Nationalrat eine Dringliche Motion zur Nachzählung des Abstimmungsergebnisses vom 24. November 2002 zur Asylinitiative eingereicht.

Antrag

Der Bundesrat wird beauftragt, in Anbetracht des äusserst knappen Abstimmungsergebnisses der Asylinitiative vom 24. November 2002 eine landesweite Nachzählung der abgegebenen Stimmen durchzuführen. Nur so ist die Sicherheit gewährleistet, dass das Resultat unverfälscht ist.

Begründung

Am 24. November 2002 gegen 16.30 Uhr wurde das Endergebnis zur Asylinitiative mit 1'118'213 Ja zu 1'120'947 Nein (Differenz 2743 Stimmen) beziffert. Bereits eine Stunde später wurde das Resultat des Kantons Waadt um 20 Nein-Stimmen «korrigiert» (Differenz neu: 2754 Stimmen). Wenig später wurde das Waadt-Resultat erneut korrigiert. Die aktuelle Differenz beträgt jetzt 3422 Stimmen.

Bei breiten Bevölkerungsschichten sind Unsicherheit und Zweifel betreffend dem knappen Abstimmungsergebnis äusserst gross. Selbst die Bundeskanzlei liess verlauten, dass jeweils zwischen dem Resultat am Abstimmungssonntag und dem endgültigen Resultat – das in einigen Wochen vorliegt – 2000 bis 10'000 Stimmen Unterschied liegen können. Insbesondere um den Vorwurf der Abstimmungsmanipulation zu entkräften ist eine sorgfältige landesweite Nachzählung des Abstimmungsergebnisses zur Asylinitiative vom 24. November 2002 angezeigt.

Helfen Sie uns Kosten sparen!



Sehr geehrte Mitglieder und Sympathisanten

Wir danken Ihnen ganz herzlich für die grosse Unterstützung, die Sie uns immer wieder zukommen lassen. Nur dank Ihrer Hilfe ist es uns möglich, auch weiterhin für unsere Heimat zu kämpfen.

Es scheint uns wichtig, dass möglichst wenig Geld für «administrative Kosten» verlorengeht. Dabei können Sie uns wie folgt helfen:

1. Wenn Sie die Wohnung wechseln: Melden Sie uns die neue Adresse möglichst früh vor dem Zügeltermin, damit wir Ihre Adresse auf den Termin hin ändern können. Die Post verlangt nämlich neu Fr. 1.50 pro Adressänderung, die sie uns meldet (bisher 30 Rappen).

2. Wenn Sie ein Post- oder ein Bankkonto haben: Machen Sie Ihre Zahlungen möglichst mittels Zahlungsauftrag. Jede Bareinzahlung am Postschalter kostet uns nämlich eine Bearbeitungsgebühr, bei einer Einzahlung von Fr. 10.– z.B. Fr. 1.20, bei einer Einzahlung von Fr. 100.– Fr. 1.50. Auf diese Weise liessen sich jedes Jahr viele tausend Franken einsparen.

Machen Sie mit? Wir danken Ihnen.



Bitte Abonnement noch nicht bezahlen!

Anfang 2003 erhalten Sie einen separaten blauen Einzahlungsschein.

Danke.



Erklärung Bernhard Hess zu den Bundesratswahlen vom 4. Dezember

«Es ist in der Tat so, dass fast jede dritte Bürgerin und jeder dritte Bürger dieses Landes nicht mehr in der Landesregierung vertreten ist: Die Wähler der Schweizerischen Volkspartei, der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi. Diese Leute haben ebenfalls ein Anrecht darauf im Bundesrat angemessen vertreten zu sein. Ich denke daran, dass die letzten Volksabstimmungen – zu den Auslandseinsätzen der Schweizer Armee, zum UNO-Beitritt, zur Gold-Initiative, zur Solidaritätsstiftung und nicht zuletzt zur Asyl-Initiative – doch fast von einer Mehrheit oder zumindest von einer nur knappen Minderheit angenommen wurden. In diesem Falle sollte man

sich denken, dass diese Menschen eben auch im Bundesrat vertreten sein sollten. Nun macht die SVP aber einen Denkfehler. Es ist richtig: Sie ist die wählerstärkste Partei in diesem Land. Es gibt in diesem Land aber eine Partei, die mittlerweile relativ schwach ist. Das ist die CVP. Also wäre es richtig und korrekt, meine Damen und Herren von der SVP, hier nicht den Bundesratsitz der zweitstärksten Partei, nämlich der SP, anzugreifen, sondern in einem Jahr den Sitz der CVP.

Das ist mein Demokratieverständnis. Ich denke, so wären dann wieder alle Bevölkerungsschichten dieses Landes politisch richtig in der Landesregierung vertreten.»

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

SD-Geschenkabonnemente

Ich übernehme hiermit _____ * Expl.
(*gewünschte Anzahl bitte einsetzen)

Geschenkabonnement(s) für ein Jahr

- Ich überlasse die Wahl des Beschenkten der SD-Redaktion
 Ich wünsche als Empfänger eine sozial bedürftige Schweizer Familie
 Als Empfänger wünsche ich einen Jugendlichen
 Als Empfänger wünsche ich einen bedürftigen Rentner

SD 
Schweizer Demokraten

SD-Zusatzexemplare

Ich erkläre mich hiermit bereit _____ * Expl.
(*gewünschte Anzahl bitte einsetzen)

Zusatzexemplare unserer Parteizeitung **kostenlos** zu verteilen

Rechnungsanschrift:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____